

KOMMUNAL.

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

LIVESTREAM

Blockbuster
Gemeinderats-
sitzung?

Seite 06

CORONA-LEUGNER

Wie umgehen mit
Querdenkern?

Seite 24

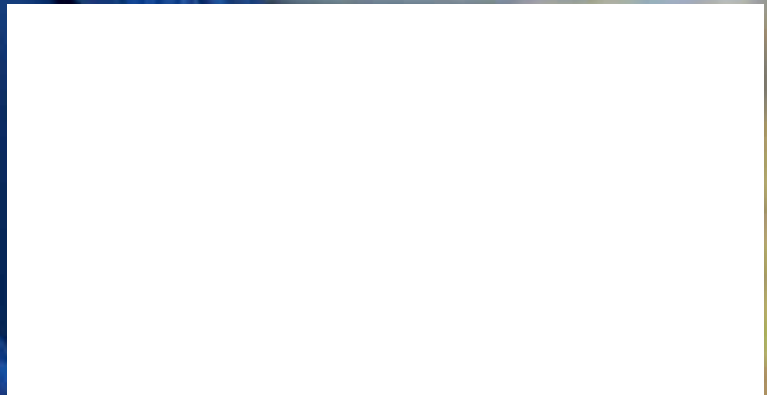
DIE KRISEN- MANAGER

Bürgermeister wie Erik Lierenfeld
zwischen Corona-Verordnungsflut
und Impfchaos. **Seite 10**

EUR 9,90



ISSN 2510-120X



MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN



Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-2670 · www.kommunal-global-engagiert.de

EDITORIAL

IMPFFEN ALS AUSWEG AUS DER PANDEMIE

Seit nunmehr einem Jahr schränkt die Corona-Pandemie unser Leben ein. Viele Menschen haben ihr Leben verloren, sehr viele waren oder sind noch schwer erkrankt. Hinzu kommen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen, die in ihrem vollen Umfang noch gar nicht abzuschätzen sind.

Die seit Dezember verfügbaren, hochwirksamen Impfstoffe gegen das Coronavirus sind ein Signal der Hoffnung für die Menschen in Deutschland, das wir in diesen schweren Zeiten dringend benötigen. Nur wenn es gelingt, möglichst viele Menschen so rasch wie irgend möglich zu impfen, werden wir wieder zu einem normalen Leben zurückkehren können. Die Impfungen sind das immer wieder ersehnte Licht am Ende des Tunnels.

Bei allen Diskussionen um die bestellten Mengen und die Terminvergabe sollte allen klar sein, dass pauschale Kritik keine Probleme löst, sondern nur neue Verwirrung und Verunsicherung stiftet. Es war schon im vergangenen Jahr klar, dass die Mammutaufgabe, die gesamte Bevölkerung so schnell und effektiv wie möglich zu impfen, in Organisation, Information, Terminvergabe und Beschaffung von Impfstoffen große Probleme bringen würde. Jetzt gilt es, so schnell wie möglich mehr Impfstoff zu beschaffen und die Prozesse zu optimieren.

Die Kommunen als Betreiber der Impfzentren stehen mit der notwendigen Infrastruktur bereits seit Mitte Dezember bereit und werden auch eine größere Zahl an Impfungen gut bewältigen. Gemeinsam werden wir weiterhin alles dafür tun, Corona so rasch wie möglich zu besiegen und dann den Neustart in Städten und Gemeinden zu starten. Mit den Impfungen hat der Ausweg aus der Pandemie begonnen.



Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Liebe Leserin,
lieber Leser,



die Corona-Pandemie hält die Kommunen weiter in Atem. Vor allem die finanziellen Auswirkungen rücken langfristig immer mehr in den Fokus. Doch aktuell sind vor allem

die Gesundheitsämter und die Ordnungsämter gefordert – sie brauchen mehr finanzielle Mittel als bisher, um den Impfstart zu managen und die Verordnungen, die Bund und Länder immer wieder erlassen, zu managen. An Entspannung ist da nicht zu denken. Nach der exklusiven Umfrage unseres Magazins unter fast 2.000 Bürgermeistern sind sie zudem vor allem beim Thema Kinderbetreuung gefordert. 80 Prozent nennen die Sicherstellung der Notbetreuung aktuell als die größte Herausforderung, mit der sie vor Ort konfrontiert sind. In dieser Ausgabe zeigen wir zum einen die Herausforderungen und die Ergebnisse der Umfrage noch einmal auf. Wir werfen aber auch den Blick auf die Lösungskompetenz der Verantwortlichen vor Ort. Denn es hilft nicht, die Probleme zu bedauern, Deutschlands Bürgermeister sind die Problemlöser. Und so nehmen wir Sie auch in dieser Ausgabe wieder mit und zeigen Ihnen gelungene Beispiele aus vielen Städten und Gemeinden, wie sie die Corona-Krise vor Ort gemeinsam mit den Bürgern meistern.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

MICHAEL ZIPPER
Geschäftsführer Zipper Media GmbH



/24
Psychologie
So können Sie Corona-Leugnern begegnen



/38
Digitalisierung
So hat Verwaltung Zukunft



/06
Livestream
So werden digitale Ratssitzungen möglich



/54
Portrait
So kann Politik mehr Ehrlichkeit wagen

FOTO/ Stadt Konstanz, privat, Adobe Stock

POLITIK & RECHT

Leitartikel **06**
Blockbuster Gemeinderatssitzung?

Umfrage **10**
So denken unsere Bürgermeister

Analyse **20**
Finanzen in der Corona-Pandemie

Reportage **24**
Umgang mit Corona-Leugnern

Forsa-Aktuell **34**
Vertrauen in die Kommunalpolitik

ARBEITEN & GESTALTEN

Digitalisierung **38**
Die Verwaltung der Zukunft

ZOOM-Stadt **42**
Arbeiten nach der Corona-Pandemie

ÖPNV **52**
Änderungen beim Beförderungsgesetz

LAND & LEUTE

Portrait **54**
Bürgermeister des Monats

Kultur **58**
Kommune kann Autokino

Winterdienst **66**
Gurkenwasser statt Streusalz

IMPRESSUM

Medieninhaber: Zipper Media GmbH
Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin
Mitherausgeber: Gerd Landsberg mit Unterstützung der DStGB-Dienstleistungs-GmbH, Franz-Reinhard Habel
Geschäftsleitung: Mag. Michael Zipper

Chefredaktion (v.i.S.d.P.):
Christian Erhardt-Maciejewski

Redaktion: Gudrun Mallwitz,
Benjamin Lassive

Autoren dieser Ausgabe:
Michaela Algeier, Jürgen Boedecker, Daniel Dertling, Manfred Güllner, Thobias Hentze, Silvan Heinze, Franz-Reinhard Habel, Gerd Landsberg, Annette Lübbers, Jan Strehmann, Marco Weißer

Gestaltung: Melina Werner
Lektorat: Klaus Schuster

Redaktionsadresse:
KOMMUNAL, Reinhardtstraße 31,
10117 Berlin, Telefon: 030/8145 012600

Anzeigen:
Gunnar Lindner (Leitung)
gunnar.lindner@kommunal.de
Manuela Czapka, manuela.czapka@kommunal.de
Marco Danker, marco.danker@kommunal.de
Stephan Zick, stephan.zick@kommunal.de

Auflage: 101.200 Exemplare
Heftpreis: Einzelheft € 9,90,
Jahres-Abonnement € 49,90 (inkl. Versand)
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Zeppe-
linstraße 6, 16356 Ahrensfelde

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

Gastbeiträge und Kommentare fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Die Redaktion hält sich vor, Einsendungen redaktionell zu bearbeiten und zu kürzen.

Sonderveröffentlichungen sind Beiträge, die auf Unternehmensinformationen basieren und vom Unternehmen bezahlt werden. Sie sind gekennzeichnet und erscheinen außerhalb der redaktionellen Verantwortung von KOMMUNAL.

Für unverlangt eingesandte Magazine, Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Gerichtsstand und Erfüllungsort Berlin, Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Handelsregister-Nummer: HRB 158797 B Bankverbindung: Berliner Sparkasse, IBAN: DE80 100500 00 1903 10286 BIC: BELA2333

DER BESTE WEG ZU KOMMUNAL ...

... für Leser, die Fragen zur Verteilung oder zum Abonnement haben:
leserservice@kommunal.de
www.kommunal.de/leserservice

... für Leser, die Artikel kommentieren oder Informationen einsenden wollen:
redaktion@kommunal.de

... für alle, die sich für unsere Media-Daten interessieren:
office@kommunal.de
www.kommunal.de/unternehmen

LEITARTIKEL

BLOCKBUSTER GEMEINDERATSSITZUNG?

Die Ängste, die viele Gemeinderäte vor der Liveübertragung von Sitzungen oder einer digitalen Ratssitzung haben, sind teils ganz großes Kino. Gegen Netflix und Co haben wir keine Chance, aber dafür die große Chance auf Transparenz, meint Christian Erhardt.



Die Kinos sind dicht, bei Netflix und Disney+ haben die Bürger alle Serien durchgesehen, jetzt wird's mal Zeit für einen echten Blockbuster. Die Ratssitzung live – Reality TV zum Anfassen mit Darstellern, die jeder in der Gemeinde kennt. Der Cliffhanger um die Spannung zu halten: Tagesordnungspunkt 18 zum Bebauungsplan Nummer 186 aus 2019 in der dritten Änderungssatzung. Nee, ist klar: Mal ganz ehrlich, jede noch so einfach gestrickte Soap ist da spannender. Es sei denn, ja richtig: Es sei denn, Bürger interessieren sich wirklich für das eine oder andere Thema, das wir in der Sitzung gerade besprechen. Und genau da liegt die große Chance! Eine neue Öffentlichkeit zu schaffen, Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern, die bisher wenig Berührungspunkte mit dem Thema hatten. Menschen zu erreichen, die niemals freiwillig den Weg ins Rathaus in eine Sitzung finden würden.

Öffentlichkeit herzustellen ist ein wichtiger Grundsatz einer jeden Gemeinderatssitzung.

Und das nicht nur im rechtlichen Sinne – vor allem muss es uns gelingen, die Öffentlichkeit auch zu erreichen! Bei uns scherzte vor Jahren schon mal ein Gemeinderat über die (ganzen drei) Zuschauer, „die hören wohl zu, weil sie daheim



im Keller keine Modelleisenbahn zum Spielen haben“. So etwas würde ich natürlich niemals behaupten, aber wer sich im Ratssaal umschaute, der kommt nicht umhin festzustellen, dass es doch nur eine sehr kleine Gruppe an Menschen mit ähnlichem Hintergrund ist, die sich regelmäßig in die Sitzungen verirrt. Es sei denn, es geht um den Ausbau der Straße vor der eigenen Haustür und somit oft um den eigenen Geldbeutel. Die Voraussetzungen für eine digitale Ratssitzung sind – trotz Corona – leider noch sehr hoch. Und jedes Bundesland hat es anders geregelt. Einige Kommunalverfassungen sehen die Möglichkeiten des digitalen Tagens noch gar nicht vor, andere haben Notverordnungen. Immerhin hat sich in einigen Bundesländern durchgesetzt, dass Gremien als Hybridsitzung tagen, ein Teil vor Ort und andere zugeschaltet per Video. Das Land Brandenburg ist gerade dabei, als erstes Bundesland die Möglichkeiten auch für die Zeit nach der Corona-Pandemie festzuschreiben. Andere Bundesländer werden dem Beispiel hoffentlich bald folgen.

Doch trotz der rechtlichen Möglichkeiten haben sich auch in Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Brandenburg die digitalen Sitzun-


gen nur in wenigen Kommunen durchgesetzt. Das ist nicht erstaunlich angesichts der Tatsache, dass selbst bei den seit vielen Jahren fast überall erlaubten Livestreams von Sitzungen nur verhältnismäßig wenige Kommunen mitmachen. Manchmal machen Mythen die Runde, etwa „die Übertragung sei viel zu teuer oder technisch nicht zu realisieren“. Viel häufiger aber scheitert es an der Bereitschaft der Gemeinderäte und der Verwaltungen, sich darauf einzulassen. Immer wieder höre ich in Diskussionen das Argument, „man könne nicht mehr reden, wie einem der Schnabel gewachsen ist“. Als wenn ein Streaming ein Straßenfeger mit Thomas Gottschalk oder vergleichbar mit den Quoten einer Fußball-WM wäre. Schön wärs ja ...

Auch das Argument, das Bildmaterial könne mitgeschnitten und dann bei Youtube oder anderswo zusammengeschnitten werden, zieht nicht wirklich. Das Urheberrecht an der Aufnahme liegt bei der Stadt oder Gemeinde, darf also nicht ohne Erlaubnis verwendet werden. Bisher gab es in Deutschland einen einzigen Fall, er landete vor Gericht und der Verursacher wurde verurteilt. Hier regieren leider zu viele „diffuse Ängs-



te“ und zu wenig Bereitschaft, endlich mal neue Wege in der Kommunikation zu gehen. Gerade die Corona-Pandemie sollte uns den Mut geben, diese neuen Wege endlich auch auszuprobieren.

Und noch ein Argument möchte ich gerne widerlegen. Immer wieder höre ich, bei einer Übertragung würden die „altbekannten Blender in den Gemeinderäten endgültig zur Höchstform auflaufen“. Ja, da stimmt. Kurzfristig. In meiner Gemeinde werde ich seit ziemlich genau zwei Jahren per Livestream gefilmt. In den ersten beiden Sitzungen gerieten sich „die üblichen Verdächtigen“ tatsächlich noch mehr als sonst. Da wir die beiden Kameras recht geschickt oben an der Decke an der Wand installiert haben, ließ dieser Effekt aber sehr schnell nach. Und ja, nach der ersten Sitzung durfte ich in den sozialen Medien über mich tatsächlich einiges lesen. Dort machten sich nämlich diverse Nutzer Gedanken, ob ich möglicherweise an Diabetes leide. Ich war völlig erstaunt als ich das las. Der Grund war aber ganz einfach: Ich hatte an dem Tag sehr wenig getrunken und habe während der vierstündigen Sitzung am Abend rund 2,5 Liter Diät-Limonade getrunken. Die Flaschen hatte ich allzu gut sichtbar in Richtung Kamera stehen...aber im Nachhinein habe ich mich über die Sorge der Bürger gefreut und konnte sie beruhigen. Auch eine Möglichkeit, mit Bürgern mal sehr persönlich in Kontakt zu treten.

Mein persönliches Fazit nach 2 Jahren Livestream und sechs Monaten digitale Ratssitzung: Von Dauerbeobachtung habe ich bisher wenig gespürt, von Transparenz hingegen ziemlich viel. Und ich habe inzwischen einige vor allem jüngere Menschen gesprochen, deren Identifikation mit unserer Kommune nach dem Verfolgen einiger „Blockbuster-Ratssitzungen“ definitiv gestiegen ist. Das war es wert! Probieren auch Sie es aus! 



Grünes Licht für WhatsApp

Ob Bürgersprechstunde des Bürgermeisters oder Fraktionsbesprechungen – WhatsApp wird in vielen Kommunen genutzt. Datenschützer geben nun trotz der Diskussion um die neuen AGB des zu Facebook gehörenden Messengers grünes Licht für die App. Alle Nutzer von WhatsApp in Kommunen können aufatmen – mit der Nutzung verstoßen sie nicht gegen den Datenschutz, wie etwa der Datenschutzbeauftragte des Saarlandes zuletzt bestätigte. Allerdings seien einige Regeln zu beachten – diese haben wir Ihnen zusammengefasst auf www.kommunal.de/spielregeln-whatsapp



Treffpunkt für Fans
facebook.com/kommunal.magazin



E-Mail an die Redaktion
redaktion@kommunal.de



Abo und mehr
kommunal.de/leserservice



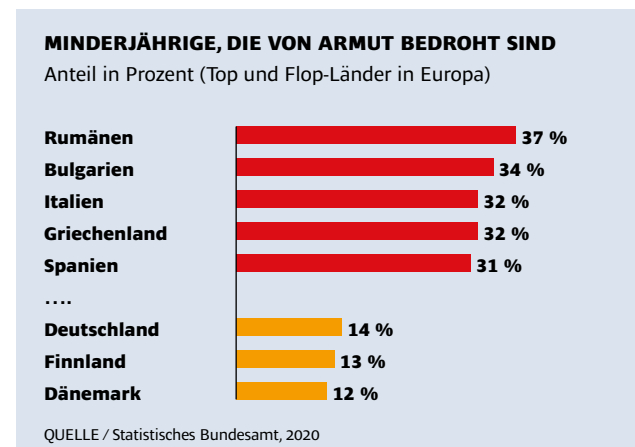
Twittern, was uns bewegt
twitter.com/KOMMUNALaktuell



Newsletter bestellen
kommunal.de/newsletter/kommunal



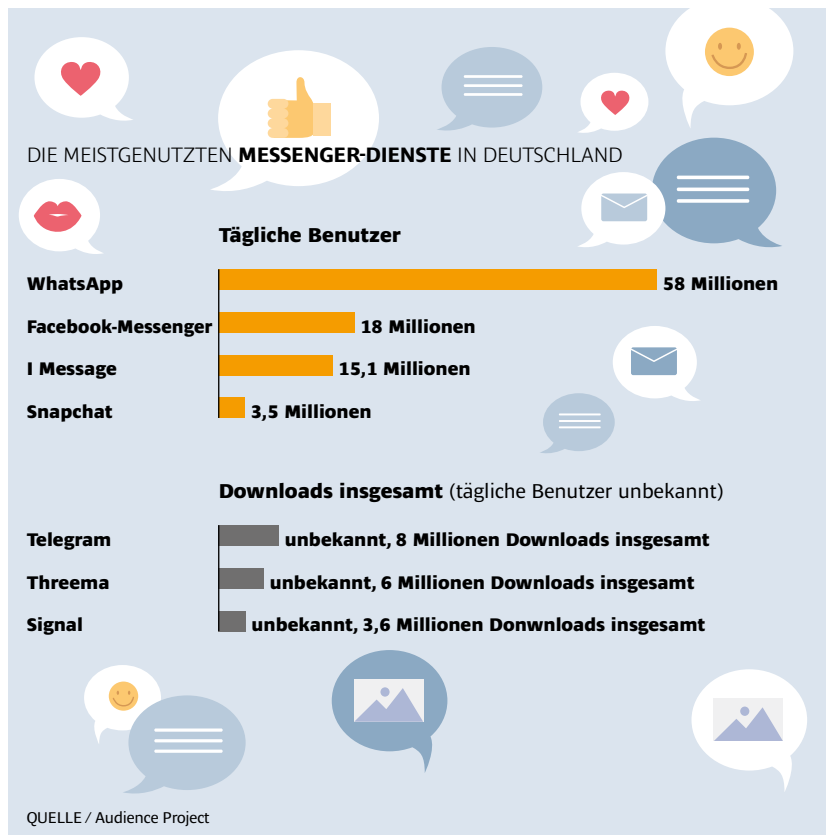
News zu jeder Zeit
www.kommunal.de



Erste Bürgermeister geimpft

Der frisch gewählte Bürgermeister von Hennef, Mario Dahm, gehört zu den ersten Bürgermeistern, die gegen Corona geimpft wurden. Er wurde zusammen mit mehreren Beigeordneten geimpft, weil kurzfristig zu viel Impfstoff in einem Seniorenheim der Stadt nicht verabreicht werden konnte. Laut der Liste der „systemkritischen Personen“ im Ort wurden somit leitende Mitarbeiter der Stadt kurzfristig zum Impfen gerufen. Dahm ist erst 31 Jahre alt und seit wenigen Monaten im Amt. Auch Osnabrücks Oberbürgermeister Wolfgang Griesert hatte ähnliches Glück. In seinem Fall hat die Impfung in den sozialen Medien jedoch einen Shitstorm ausgelöst.

ANZEIGE



ERSTER DIGITALER IMPFPASS

Während auf EU-Ebene noch über den digitalen Impfpass diskutiert wird, hat der Landkreis Altötting in Bayern die Blaupause vorgelegt. Seit Ende Januar bekommt dort jeder, der gegen das Corona-Virus geimpft wird, einen digitalen Impfausweis. Den darauf enthaltenen QR-Code kann er im Smartphone einscannen. So sei es einfacher, die Daten später möglicherweise auf ein überregionales System zu übertragen, so ein Sprecher des Landratsamtes. Die Technik hat die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern mit einem Unternehmen aus Köln gemeinsam für den Landkreis entwickelt.

Alle Infos unter: www.kommunal.de/digitaler-impfpass

FOTO/ Adobe-Stock

FlächenTOOL

Liegenschaft trifft Ladesäule. Und umgekehrt.

Auf der digitalen Plattform flaechentool.de bieten Kommunen, Unternehmen und Privatleute Flächen für den Aufbau von Ladeinfrastruktur an. Wer in Ladeinfrastruktur investieren möchte, findet hier den perfekten Standort und kann unkompliziert mit Anbietenden in Kontakt treten. flaechentool.de

Einfach laden. Daran arbeiten wir.



Lernen Sie das FlächenTOOL kennen: im **Online-Seminar** am **25.02.2021 um 10 Uhr** – Anmeldung hier: flaechentool.de/#news



Die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur wurde im Auftrag des BMVI und unter dem Dach der NOW GmbH gegründet.

REPORTAGE

Umgang mit
Querdenkern
Seite 24

FORSA AKTUELL

Vertrauen in
Kommunen steigt
weiter
Seite 34

ERFAHRUNGSBERICHTE

SO ERLEBEN BÜRGERMEISTER DIE CORONA-KRISE

Sie müssen die Beschlüsse von Bund und Land auf lokaler Ebene umsetzen und stoßen dabei häufig auf Widerstand. Führende Kommunalpolitiker schildern ihre Erfahrungen in der Pandemie – was die Bürger bewegt und was sie sich beim Krisenmanagement von Bund und Land anders wünschen. Lesen Sie auch die exklusive KOMMUNAL-Umfrage und das Ergebnis einer Diskussion auf „Clubhouse“.



Eine Bürgermeisterin macht sich Sorgen um die Kinderbetreuung, ein Rathauschef kämpft gegen Anfeindungen – und der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde erzählt, wie sein Ort zum bundesweiten Hotspot wurde.

Von GUDRUN MALLWITZ

Eine gute verlässliche Betreuung – das ist es, was sich Eltern von kleinen Kindern wünschen. Eine im Auftrag von KOMMUNAL durchgeführte Forsa-Studie unter knapp 2.000 Bürgermeistern hat ergeben, dass sich die Bürger aktuell am häufigsten an die Stadt-, oder Gemeindeverwaltung wegen Problemen bei der Kinderbetreuung wenden. Das baden-württembergische Singen hat viel dafür getan, das Angebot in den vergangenen Jahren auszuweiten. 29 Kitas gibt es mittlerweile in der rund 48.500-Einwohner-Stadt. Doch seit das Corona-Virus Deutschland im Griff hat, kann Singens Bürgermeisterin Ute Seifried allen Eltern schon lange nicht mehr garantieren, dass ihr Kind in die Kita darf. Auch der Unterricht an den 15 Schulen findet mal statt, mal nicht oder abwechselnd: im Klassenzimmer und zuhause. „Die Situation ist für alle Beteiligten sehr schwierig“, sagt Seifried. „Kinder brauchen Kontinuität und einen strukturierten Alltag.“ Sorgen mache sie sich vor allem um Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien. „Wir stellen fest, dass viele einen Rückschritt in ihrer Entwicklung machen, einige verhalten sich aggressiver als früher.“

Die Bürgermeisterin macht keinen Hehl daraus, dass sie sich von der Landesregierung eine klarere und frühzeitigere Kommunikation und von der Bundesregierung eine langfristige Strategie wünschen würde. „Wir benötigen dringend ein Konzept, wie man möglichst schnell wieder zum Präsenzunterricht zurückkehren kann und wir Kinder wieder in der Kita betreuen können“, fordert sie, „sei es in kleinen Gruppen und mit Masken oder durch die Absicherung mit mehr Schnelltests“. Die Familien wollten wissen, wie es weitergeht. „Wir haben mal einen kompletten Lockdown, mal einen halben, dann wieder einen ganzen Lockdown, wie lange soll das so weitergehen?“, fragt



Bürgermeisterin
**Ute Seifried, Singen,
Baden-Württemberg**

„
Ich habe mal
gezählt. An
einem Tag
im letzten
Frühsummer
lagen **28
veränderte
Verordnungen
auf meinem
Tisch.**“

sich Seifried. Für die Kita-Mitarbeiter sind es harte Zeiten. „Die Entscheidung, wer in die Kita darf und wer nicht, stellt eine arge Belastung für alle dar“, beschreibt die Bürgermeisterin die Stimmung. „Die Kinder fragen: Warum bin ich hier, aber meine Freundin ist es nicht?“

Im ersten Lockdown seien die Vorgaben, wer denn nun in einem systemrelevanten Beruf arbeite, zunächst nicht klar gewesen, kritisiert die Bürgermeisterin. Viele Eltern, die abgewiesen werden mussten, waren verzweifelt. Inzwischen dürfen alle in die Kita, deren Eltern unabhkömmlich sind am Arbeitsplatz.

Aber auch das sorgt immer noch für viele Diskussionen. „Wir fahren die Notbetreuung derzeit mit gut der Hälfte der Kinder“, berichtet Seifried. Dies sei bereits ein Fortschritt. „Eigentlich kann man da nicht mehr von einer Schließung der Kitas sprechen.“

Ihre Kritik am Informationskurs der Landesregierung in Stuttgart hat die couragierte Bürgermeisterin aus Singen auch gegenüber der zuständigen Ministerin geäußert. In allen anderen Bereichen seien die Verordnungen und Veränderungen ebenfalls Schlag auf Schlag, also immer sehr kurzfristig gekommen und sollten innerhalb nur weniger Tage umgesetzt werden.

„Ich habe mal gezählt“, sagt Ute Seifried. „An einem Tag im letzten Frühsummer lagen 28 veränderte Verordnungen auf meinem Tisch.“ Ihr Fazit: Ziemlich verwirrend – für alle.

Bürgermeister Uwe Klingor, Käbschütztal, Sachsen

P lötzlich war Käbschütztal in den Fernsachnachrichten und für kurze Zeit dann auch eine traurige bundesweite Berühmtheit. In der kleinen Gemeinde im Landkreis Meißen wurden kurz nach dem erneuten bundesweit verordneten Lockdown November 2020 so viele Corona-Infizierte gezählt, dass sich hochgerechnet ein Inzidenzwert von 2922 Fällen pro 100.000 Einwohner ergab. Sachsenweit lag dieser Wert damals bei 415, was auch schon enorm ist. Bürgermeister Uwe Klingor stand vor der Frage, ob er den Ort mit seinen 37 Ortsteilen abriegeln soll.

„Die Entscheidung fiel mir sehr schwer“, erinnert er sich. „Ich entschied mich dagegen.“ Dennoch zeigt sich der sächsische Bürgermeister ziemlich sicher: „Das Virus kann nur von jenen in den Ort getragen worden sein, die außerhalb arbeiten – in Dresden, Meißen oder Nossen.“ Denn Käbschütztal habe keine Bar und längst auch keine Gaststätte mehr. Die Sporthalle – damals schon wegen Corona geschlossen. Wer in Käbschütztal infiziert ist, das erfährt auch der Bürgermeister bis heute nicht. „Wir bekommen vom Gesundheitsamt immer nur eine Nummer mitgeteilt, aber nicht die Namen der Infizierten, wissen also nicht, um wen es geht und wo die Betroffenen wohnen“, bedauert er. „Ich habe selbst keine Handhabe, das vor Ort zu kontrollieren.“ Klingor kritisiert: „Die Politik haut eine Verordnung nach der anderen raus, doch wer soll das alles umsetzen und kontrollieren?“

Hat er überhaupt das Personal für die Kontrollen?

„Die Kontrollen, die machen bei sieben Mitarbeitern ich selbst und die Hauptamtsleiterin“, erzählt er. „Wir gehen beide häufiger in den Supermarkt und schauen nach, ob dort Masken getragen und die notwendigen Abstände eingehalten werden.“ Die Verkäuferinnen tragen dort ordnungsgemäß Mund-Nase-Bedeckung, dafür ertappe er häufiger Rentner, „die auf dem Parkplatz stehen und ohne Maske und Abstand miteinander quatschen“.

Nicht einmal jede vierte Kommune in Deutschland fühlt sich laut der KOMMUNAL-Umfrage in der Lage, die Kontrollen zu garantieren. In Ostdeutschland trauen sich das sogar nur 4 Prozent der Bürgermeister zu. Nicht einmal jeder

FOTOS/ privat, Gemeinde Käbschütztal



„
Die
Kontrollen,
die machen
bei sieben
Mitarbeitern
ich selbst
und die
Hauptamts-
leiterin.“

siebte Bürgermeister in Deutschland sagt, dass er genügend Personal etwa für die Nachverfolgung von Kontakten und Infektionsketten hat. Insgesamt zeigten sich die Bürger in Käbschütztal überwiegend verständnisvoll und hielten sich an die Regeln, sagt Bürgermeister Klingor. Illegale Partys? Kein Thema. In Käbschütztal leben nicht viele junge Menschen, die meisten der rund 2.700 Einwohner sind in der Altersgruppe 40 bis 60, rund 40 Prozent sind älter als 80 Jahre. „Hier bei uns auf dem Land legt sich keiner so gern an“, meint der Bürgermeister der landwirtschaftlich geprägten Gemeinde. „Die Leute gehen freundlich miteinander und auch mit uns in der Gemeindeverwaltung um.“

Seine Frau arbeitete bis Ende vorigen Jahres als Krankenschwester am Elblandklinikum Meißen und hat miterlebt, was das Virus anrichten kann. „Ich nehme das Corona-Virus sehr ernst“, sagt der 67-Jährige. Er hat deshalb auch öffentlich mitgeteilt, dass er sich möglichst schnell impfen lassen möchte. Inzwischen will er anderen den Vortritt lassen. „Ich will mich lieber nicht vordrängeln“, sagt er.

Bürgermeister
Erik Lierenfeld,
Dormagen,
Nordrhein-
Westfalen



„Aggression und Gewaltbereitschaft haben in der Corona-Krise definitiv zugenommen“, sagt Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen in Nordrhein-Westfalen. „Der Staat greift in das Leben der Menschen ein – dass das nicht immer hingenommen wird, ist nachvollziehbar. Meine Mitarbeiter und ich erleben aber massive Bedrohungen und Beleidigungen.“

Lierenfeld war Ende vorigen Jahres ins Visier von Wutbürgern geraten: Der Kommunalpolitiker hatte in einem Video auf Facebook davor gewarnt, dass Maskengegner Schüler vor der Schule ansprechen wollen. Er appellierte darin sinngemäß an die Schüler: „Lasst Euch nicht aufs Glatteis führen. Wenn ihr angesprochen werdet, ruft die Polizei oder das Ordnungsamt.“ Die Reaktionen waren ein Schock für den 34-jährigen. „Ich bekam Hassmails und Anrufe auch auf dem Handy aus der ganzen Republik, vor allem aus dem Osten und dem Süden Deutschlands, und auch aus Österreich und der Schweiz. Es waren sogar Morddrohungen dabei“, berichtet der Bürgermeister. „Das ging von der noch harmlosen Frage, ob ich denn spinne bis hin zu der Drohung, man müsste mir was antun.“ Umgehend schaltete

„Ich bekam Hassmails und Anrufe auch auf dem Handy aus der ganzen Republik, vor allem aus dem Osten und dem Süden Deutschlands, und auch aus Österreich und der Schweiz. **Es waren sogar Morddrohungen dabei.**“

er die Polizei ein. „Wir verfolgen schon seit Jahren in der Stadt bei Bedrohungen und Gewalttaten die Null-Toleranz-Strategie“, unterstreicht Lierenfeld. „Wenn unsere Mitarbeitenden bei Kontrollen angefeindet werden, wird das sofort angezeigt.“

Der Bürgermeister zog die Konsequenz auf die zunehmend aggressive Stimmung in der Corona-Krise: „Die Streifen Dienste sind inzwischen nicht nur mehr zu zweit, sondern zu dritt unterwegs, falls sie auf uneinsichtige Gruppen treffen. Wir erleben zwar nicht viele körperliche Auseinandersetzungen, aber die verbale Aggression ist gestiegen.“ Sein Gesamteindruck: „Die meisten Menschen halten sich an die Regeln, doch ich treffe auch viele, die mit der Corona-Politik nicht einverstanden sind. Das sind nicht alle Verrückte, sondern ganz normale Leute.“ Nicht nur jüngere Menschen verstoßen gegen die Corona-Regeln. „Das geht durch alle Altersgruppen“, beobachtet der Bürgermeister der 65.000-Einwohner-Stadt. Unsere KOMMUNAL-Umfrage ergab, dass Bürgermeister und Mitarbeiter zunehmend angefeindet werden. 10 Prozent der Bürgermeister sind in ihrer Arbeit „häufig“ persönlich, per E-Mail oder über soziale Medien mit „Corona-Leugnern“ konfrontiert. 56 Prozent haben gelegentlich mit ihnen zu tun.

Wie kommt er persönlich mit den Erfahrungen der vergangenen Monate klar? „Es ist schwer auszuhalten, dass man dafür angefeindet wird, weil man die Demokratie und Sicherheit und Ordnung verteidigt“, sagt Erik Lierenfeld. Sein Rat an andere Kommunalpolitiker: „Handeln Sie sofort, schalten Sie die Sicherheitsbehörden umgehend ein und verurteilen Sie solche Hetze öffentlich.“

FOTO/ Stadt Dormagen

NAHVERKEHR

„WOHIN DU WILLST“ BRINGT VERKEHRSPLANER WEITER

Gute Ideen, aber eine schlechte Datenlage – das ist das tägliche Brot vieler ÖPNV-Planer. Vor allem für den ländlichen Raum sind valide Daten Mangelware. Wenn es sie nicht gibt, verschwinden Nachfragepotenziale und Mobilitätsbedürfnisse in einer Grauzone. Damit abfinden müssen sich die Aufgabenträger im Nahverkehr jedoch nicht: Wo Kreise, Städte und Verbände ihren Fahrgästen die App „Wohin Du willst“ von DB Regio Bus anbieten, stehen Daten zur Verfügung.

Bereits rund 60 Landkreise, Städte und Verkehrsverbände nutzen „Wohin Du willst“ als Mobilitätsplattform für den ländlichen Raum. Die App findet die optimale Verbindung, bietet Reiseinformationen in Echtzeit, veranschaulicht den Fahrtverlauf und enthält viele weitere Anwendungen mit hohem Nutzwert für die Fahrgäste. Die Individualisierung durch die Aufgabenträger macht sie zudem zum Angebot aus der Region für die Region. Dies nicht nur optisch, sondern auch inhaltlich – zum Beispiel durch Push-Nachrichten an die Nutzer, Hinweise auf regionale Highlights sowie die Berücksichtigung von Preisauskünften, Mitfahrgelegenheiten und On Demand-Angeboten.

„So wie die App jetzt bereits die Fahrgäste weiterbringt, soll



„Wohin du Willst“ künftig auch die Aufgabenträger weiterbringen“, sagt Dr. Thomas Huber, Leiter Innovative Verkehrskonzepte bei DB Regio Bus. Dafür werden die anonymisierten Nutzerdaten als Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für die Verkehrsplanung zugänglich gemacht. Mit dem Konfigurator besteht bereits eine Schnittstelle zu den Aufgabenträgern. DB Regio Bus baut sie nun zu einem Datenhub aus. Inhaltlich und grafisch aufbereitet, stehen die Daten dort demnächst für Reporting,

Monitoring und zur Analyse der Nachfrage zur Verfügung.

Von der Auskunft bis zum Ticketing

Mit jeder neuen Funktion der App und jedem weiteren Nutzer werden auch die Daten reichhaltiger. Besondere Bedeutung hat deshalb die Bezahlungsfunktion. Sie ist der finale Baustein, um die komplette Reisekette digital abzubilden. Ein Meilenstein ist deshalb das Projekt „Chamobina“ im Landkreis Cham: Wer

dort den ÖPNV benutzt, braucht ab März kein Bargeld mehr. Bezahlen geht mit der App nun auch digital.

Chamobina zieht alle Register, um mit „Wohin Du willst“ den ÖPNV attraktiver zu machen. Über die bundesweit erstmals umgesetzte Bezahlungsfunktion hinaus gehören viele weitere Anwendungen dazu, etwa die Verknüpfung der Mobilitätsplattform mit einer touristischen Datenbank. Der Freistaat Bayern unterstützt das Projekt, damit es landesweit Schule macht. Mit den Fahrgästen können sich darüber auch die Verkehrsplaner freuen.

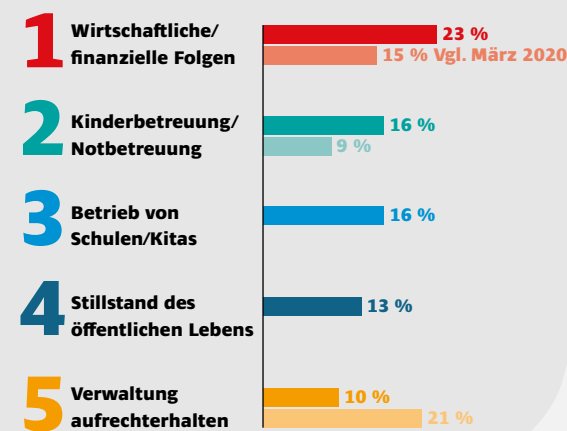
„Wohin Du willst“ ist eine White-Label-Lösung und kann die gesamten Mobilitätsangebote Ihrer Region auf einer Plattform abbilden. Die Implementierung als individuelles Angebot des Aufgabenträgers dauert nur wenige Wochen. Der Zugriff auf den Datenhub schafft Grundlagen für eine an Nachfragepotenzialen orientierte ÖPNV-Planung.

Sie möchten mehr wissen?

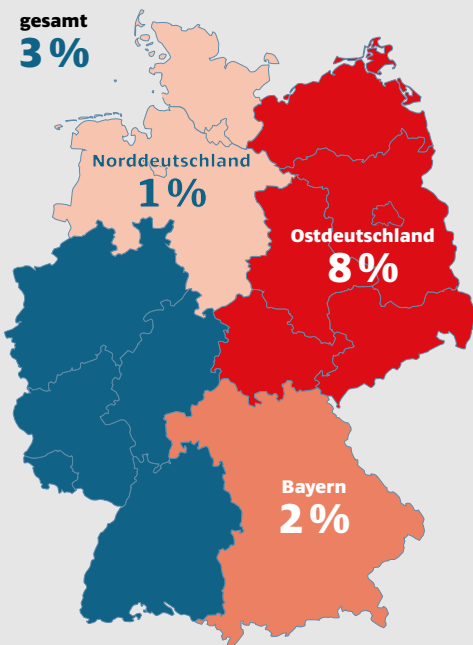
KONTAKT
Dr. Thomas Huber,
DB Regio Bus,
Leiter Innovative
Verkehrskonzepte

thomas.ta.huber@deutschebahn.com

DIE 5 GRÖSSTEN PROBLEME BEI DER BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE



SEHR GROSSE PROBLEME MIT CORONA-LEUGNERN UND MENSCHEN, DIE SICH NICHT AN DIE REGELN HALTEN, HABEN:

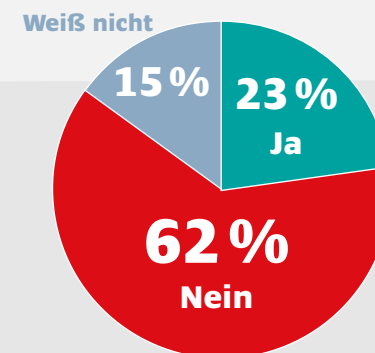


27 %

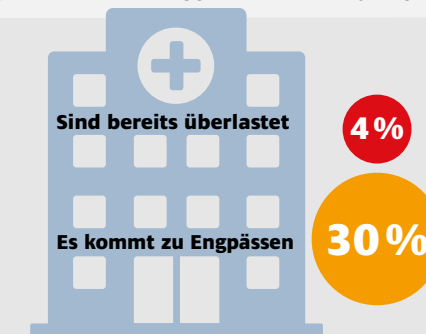
der Bürgermeister sagen, dass im Zuge der Corona-Krise Beleidigungen gegenüber Mitarbeitern der Gemeinde zugenommen haben.

QUELLE / Forsa-Umfrage unter 1856 Bürgermeistern (8.–19. Januar 2021)
ILLUSTRATION / Adobe Stock

HABEN SIE GENÜGENDE PERSONAL ZUR KONTROLLE DER CORONA-MASSNAHMEN?



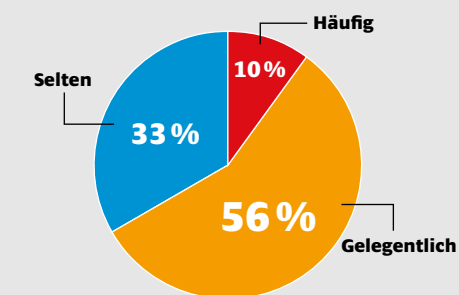
WIE IST DIE AUSLASTUNG IN DEN KRANKENHÄUSERN IN IHRER KOMMUNE?



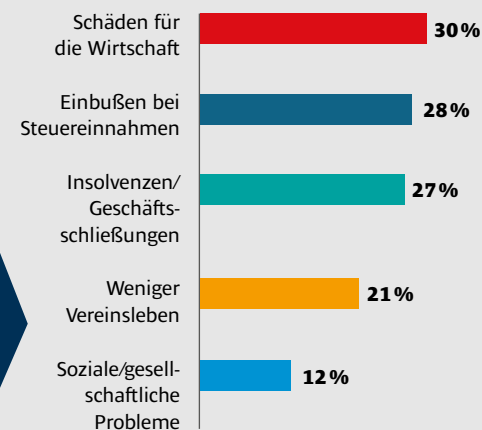
26 %

Deutschlands Bürgermeister wünschen sich frühzeitigere Informationen von Bund und Ländern. Das gilt vor allem mit Blick auf die Kommunikation im Umgang mit **Kitas und Schulen**.

ERLEBEN SIE BELEIDIGUNGEN ODER BEDROHUNGEN DURCH CORONA-LEUGNER?



ERWARTEN SIE LANGFRISTIGE NEGATIVE FOLGEN DURCH DIE CORONA-KRISE FÜR IHRE STADT/GEMEINDE?



DISKUSSIONSRUNDE

WAS JETZT PASSIEREN MUSS!

Anfang Februar hat KOMMUNAL die erste Podiumsdiskussion im neuen sozialen Netzwerk Clubhouse, einer Audio-Diskussions-App, durchgeführt. Christian Erhardt sprach mit vier Verantwortlichen vor Ort über Corona, die Folgen und die Zukunft. Wir haben Zitate der Diskussionsteilnehmer daraus für Sie zusammengetragen.



Eliza Diekmann,
Bürgermeisterin der
Stadt Coesfeld

„Bund und Land haben versprochen, dass die Corona-Hilfen schnell und unbürokratisch verteilt werden. Damit haben sie bei Menschen pauschal Hoffnungen geschürt, die sich dann aber durch 60-seitige Anträge wühlen mussten.“

„Ich bin letztes Jahr angetreten, weil mir die Digitalisierung in der Verwaltung viel zu langsam ging, mit Corona hat sie einen Schub bekommen. Dennoch stoßen wir an datenschutzrechtliche Grenzen. **Wir haben ein Auge zuge drückt, um in der Verwaltung digital vernünftig kommunizieren zu können.**“

„Wenn es nach mir ginge, könnten wir bereits seit März hybrid oder digital tagen. Um das rechtskonform hinzubekommen, müssten wir pro Sitzung nach den aktuell vorliegenden Angeboten einen bis zu vierstelligen Betrag hinlegen. Bisher hat der Rat sich zu dieser Sitzungsform nicht durchringen können.“

„Es gibt überhaupt gar keinen Grund, Angst vor digitalen Kommunikationslösungen zu haben. Es gibt ausreichend datenschutzkonforme Angebote. Zur Not besteht die Möglichkeit, etwas selber zu hosten – so haben wir es mit unserer Videokonferenzplattform gemacht. Wir haben zudem gute Erfahrungen mit Messengern gemacht, die Ende-zu-Ende verschlüsselt sind.“



Ramona Schumann,
Bürgermeisterin der
Stadt Pattensen

„Die Corona-Krise hat offengelegt, was nicht funktioniert: dass das Land und vor allem die Verwaltung schon längst hätten digitalisiert werden müssen. **Die Kommunen sind immer am Ende der Nahrungskette.**“

„Die Kommunen bekommen für ihre 400 Gesundheitsämter 4 Milliarden Euro, doch das ist Augenwischerei: **Denn Verwaltung besteht auch aus Ordnungsämtern, Feuerwehr, Kitas.**“

Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
kommunalpolitische Sprecherin der
FDP-Fraktion im Bundestag



Patrick Kunkel,
Bürgermeister der
Stadt Eltville am Rhein

„Die Kommunen werden als Arbeitgeber attraktiver. Die Bewerbungszahlen steigen, weil es in der freien Wirtschaft für viele schwieriger geworden ist. Ich habe eine Stelle in der Wirtschaftsverwaltung neu besetzt und einen Bauamtsleiter eingestellt.“

„Die Corona-Krise ist bisher ein Geduldsspiel gewesen, jetzt wird sie zur Zerreißprobe. Wer wird zuerst geimpft, welche Sonderrechte gelten für Geimpfte, wie solidarisch werden wir uns verhalten?“

WIRTSCHAFT

DIE KRISE ALS REFORMANSTOSS

Die Corona-Pandemie deckt auf, wie notwendig eine Reform der Schuldenbremse, eine Tilgung der kommunalen Altschulden und eine ausgewogene Steuerverteilung sind. Zukunftsfähigkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse stehen sonst auf dem Spiel, warnt KOMMUNAL-Gastautor Tobias Hentze vom Institut der deutschen Wirtschaft.

Der Impfstoff lässt die Menschen auf ein baldiges Überwinden der akuten Corona-Krise hoffen. Für viele Unternehmen, denen die Geschäftstätigkeit im Lockdown verboten wurde, könnte die Zeit nicht reichen. Rücklagen und Eigenmittel, die im vergangenen Jahr noch Schlimmeres abwenden konnten, sind weitgehend aufgebraucht. Ob die Hilfszahlungen rechtzeitig und in ausreichender Höhe ankommen, werden die kommenden Monate zeigen. Im gesamten Jahr 2020 sind an den Einzelhandel 91 Millionen Euro Hilfen ausbezahlt worden, gleichzeitig hat der Lockdown aber einen Umsatzverlust von 36 Milliarden Euro verursacht, davon Fixkosten in Höhe von 18 bis 20 Milliarden Euro. Bürokratische Anträge und verspätete Auszahlungen trüben das Bild des eigentlich guten Krisenmanagements der Politik. Denn ohne die schnellen und umfangreichen Wirtschaftshilfen des Staates wäre alles viel schlimmer gekommen. Dass dabei nicht jeder Hilfeuro zielgenau ankommt, liegt in der Natur der Sache. Ein Blick zu den europäischen Nachbarn zeigt, dass ein Rückgang von 5 Prozent der Wirtschaftsleistung, wie es Deutschland im Jahr 2020 zu verkraften hatte, vergleichsweise gering ist.

Die höheren Staatsausgaben treffen krisenbedingt auf einbrechende Steuereinnahmen, so dass das rosarote Bild der öffentlichen Überschüsse aus den vergangenen Jahren auf einen Schlag dahin ist. Sechs Jahre in Folge hatte der Staat mehr eingenommen als ausgegeben. Im Jahr 2020 türmte sich dagegen ein Staatsdefizit von rund 200 Milli-

„Die Corona-Krise liefert den Beweis, dass die Gewerbesteuer die falsche Steuer für Städte und Gemeinden ist.“

Tobias Hentze, Institut der deutschen Wirtschaft



arden Euro auf, in diesem Jahr wird das Minus voraussichtlich mehr als 150 Milliarden Euro betragen. Die Staatsschuldenquote steigt in der Folge auf schätzungsweise 73 Prozent. Das ist mehr als nach den Maastricht-Kriterien eigentlich erlaubt ist und gleichzeitig knapp 10 Prozentpunkte weniger als nach der Finanzkrise vor gut zehn Jahren. Die zusätzlichen Schulden sind daher kein Grund zur Panik. Das Aussetzen der Schuldenbremse für diese beiden Jahre war folgerichtig, um nicht zu sagen alternativlos. Auch wenn die Schuldenbremse auf Notsituationen wie eine Pandemie eingestellt ist, so gibt es für die Rückkehr in die Normalität keine Übergangszeit.

Nach Ende der Ausnahmesituation gilt die Schuldenregel unmittelbar wieder. Dass ab 2022 wieder die Schuldenbremse eingehalten werden soll, ist allerdings diskussionswürdig und ohne einen radikalen Sparkurs oder höhere Steuern auch nicht sehr realistisch. Erfahrungsgemäß wird als erstes bei den öffentlichen Investitionen gespart – was sich Deutschland nicht leisten kann: Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung sind ein Schlüssel für zukünftigen Wohlstand. Ebenso wären Steuererhöhungen mit Blick auf die wirtschaftliche Dynamik kontraproduktiv. Wirtschaftliche Dynamik ist aber Voraussetzung dafür, aus der gestiegenen Verschuldung wieder herauszuwachsen.



FOTO/privat, Adobe Stock

In diesem Zusammenhang sollte die Politik auch eine Lösung für die kommunalen Altschulden finden. Denn ohne Investitionen auf der kleinsten Ebene lässt sich das Land nicht modernisieren. Die Situation der Kommunen ist dabei sehr unterschiedlich, daran ändert die Krise nichts. Selbst in den Jahren der Haushaltsüberschüsse waren vielen Städten und Gemeinden ob sehr hoher Kassenkredite die Hände gebunden. Fehler der Vergangenheit, die zu den hohen Schulden vielerorts geführt

haben, sollten benannt werden, aber einem Befreiungsschlag nicht entgegenstehen. Die Hessenkasse kann als Vorbild dienen – zweifelsfrei stehen die Länder bei den Altschulden der Kommunen zualtererst in der Verantwortung.

Wenn es der Politik gelingen sollte, dieses dicke Brett zu bohren, sollte sie gleich dranbleiben. Denn wenn es noch eines Belegs bedarf, dass die Gewerbesteuer die falsche Steuer für Städte und Gemeinden ist, dann liefert die Corona-Krise genau diesen. Und das aus zwei Gründen: Nach dem Grundsatz „Wer Chancen will, muss Risiken akzeptieren“ sollte nur derjenige die Einnahmen einer derart krisenanfälligen und damit volatilen Steuer für sich verbuchen, der Einbußen verkraften kann. Der Einbruch der Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Einnahmequelle fiel im Jahr 2020 mehr als doppelt so stark aus wie bei den Steuereinnahmen insgesamt. Der Ruf nach einer Kompensation der Gewerbesteuerausfälle zeigt, dass viele Kommunen damit überfordert sind.

Der zweite Grund liegt in der ungleichen Verteilung der Gewerbesteuereinnahmen. Selbst die Erstattung ebenjener lässt die armen Kommunen arm zurück, denn sie hatten auch vor der Krise kaum Einnahmen daraus. Die Gewerbesteuer sollte vor diesem Hintergrund in der nationalen Körperschaftsteuer aufgehoben und die Kommunen sollten dafür einen höheren Anteil an der verhältnismäßig stabilen Umsatzsteuer erhalten. Es ist verwunderlich, dass sich die finanzschwächeren Kommunen nicht gegen die aktuelle Steuerverteilung auflehnen, mit der es schwierig bleiben wird, gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen. Ⓞ

CORONA-ENGAGEMENT

SCHNELLTESTS FÜR ALLE

Die Tübinger Notärztin Lisa Federle hat den sogenannten Tübinger Weg in der Corona-Bekämpfung initiiert. Warum die Bundesverdienstkreuz-Trägerin wütend auf die Bundesregierung ist und die Kommunen lobt.



Von GUDRUN MALLWITZ

Das Lächeln ist immer noch da: breit und herzlich – auch ihr intensiver Blick fängt einen sofort ein. Dennoch hat sich seit ihren ersten Auftritten in Talkshows und Nachrichtensendungen bis heute einiges geändert. Lisa Federle hat ein großes Stück ihrer Sanftmut abgelegt. Je länger die Corona-Pandemie dauert, je mehr Lockdowns folgen und je mehr Menschen sich wegen Problemen bei den Impfterminen an sie wenden, desto energischer erhebt sie ihre Stimme. Ihr Satz, für den sie deutschlandweit bekannt wurde, gilt für Lisa Federle immer noch: „Die Politik hat es zu vielen recht machen wollen, das hat es dem Virus leicht gemacht.“

Die Notärztin aus Tübingen mit dem leicht singenden schwäbischen Dialekt redet gerne Klartext und spart nicht mit Kritik an der Corona-Strategie der Bundesregierung. Bundespräsident Frank-Walter

„Die Politik hat es zu vielen recht machen wollen, das hat es dem Virus leicht gemacht.“

Steinmeier hat dies jedoch nicht davon abgehalten, ihr im Oktober 2020 das Bundesverdienstkreuz am Bande für ihren Einsatz gegen das Corona-Virus zu verleihen. Auch dafür: 2015 half Lisa Federle mit ihrer rollenden Arztpraxis in den Notunterkünften Geflüchteten und Obdachlosen. Zu ihren Fans gehören die Schauspieler Til Schweiger und Jan Josef Liefers. Sie unterstützen ihre Aktionen.

Seit vorigem Frühjahr dient das Mobil als Corona-Impfstation. „Mein großartiges freiwilliges Helferteam und ich haben im April angefangen, in Altenheimen zu testen“, erzählt sie KOMMUNAL. „In dem ersten, von uns besuchten Heim waren bereits Menschen an dem Corona-Virus gestorben.“ Die Tests ergaben, dass auf einer Station 17 Bewohner mit Corona infiziert waren, ohne Symptome zu zeigen. Die Betroffenen wurden sofort isoliert und damit weitere Ansteckungen vermieden. Lisa Federle warb in der Folge massiv dafür, in

Alten- und Pflegeheimen regelmäßig Tests durchzuführen. Damit ebnete sie den Tübinger Weg, eine durchaus erfolgreiche Teststrategie.

Noch heute freut sie sich darüber, dass politische Entscheidungsträger in und um Tübingen ihr Gehör schenken. „Die ersten Schnelltests habe ich auf eigene Rechnung bestellt“, schildert sie ihr beherztes Vorgehen. Doch schnell gelang es ihr, sich die Unterstützung von Oberbürgermeistern und Landräten zu sichern. „Innerhalb von fünf Stunden kamen von dort die ersten 100.000 Euro zusammen“, blickt sie dankbar zurück. Ihre Anfrage in Stuttgart blieb zunächst erfolglos: „Im Frühjahr wurde mir vom Ministerium gesagt: Wir finanzieren das nicht, Sie können aber beim Sozialgericht dagegen klagen.“ Egal, wie oft sie das erzählt – ihre Stimme verrät, wie unmöglich sie das immer noch findet.


Bald fing Federle an, auch die Angehörigen der Heimbewohner zu testen. Schließlich gelang es ihr, auch den Sozialminister zu gewinnen. Das Land stellte vom 23. bis 24. Dezember in 120 Kommunen 80.000 kostenlose Antigen-Schnelltests aus der Notreserve zur Verfügung. Damit keiner das Weihnachtsfest einsam verbringen musste. Federle aber möchte, dass das keine einmalige Aktion bleibt. Mit ihrem Team bietet die Ärztin mehrmals die Woche vor dem Rathaus kostenlos Tests für alle an. Zum Team gehören Ärzte, Medizinstudenten und weitere Freiwillige, auch Mitglieder des DRK-Kreisverbandes, dem sie als Präsidentin vorsteht. „Die Menschen sind so dankbar“, schwärmt sie. „Endlich können die Enkel Opa oder Oma besuchen, ohne Angst, sie anzustecken.“ 90 Prozent der über 80-Jährigen leben zuhause. Genau diese soll die Politik in den Blick nehmen, fordert Federle. Ihr Vorschlag: „Selbst die Nachbarin sollte sich unkompliziert und schnell testen lassen können, ehe sie zum Kaffee vorbeischaut.“

Den holprigen Start bei der Impfstrategie kommentierte Federle kritisch: „Die Bevölkerung ist empört darüber, dass zugesagte Impftermine nicht eingehalten werden können.“ Viele Verzweifelte blieben in Termin-Hotlines hängen. „Die Kommunen waren gut vorbereitet“, betont die Notärztin. Die Impfzentren waren aufgebaut, doch es fehlte der Impfstoff. Je länger die Probleme anhalten,

„Selbst die Nachbarin sollte sich schnell testen lassen können, ehe sie zum Kaffee vorbeischaut.“

Dr. Lisa Federle,
Notärztin in Tübingen

desto eindringlicher appelliert sie an die Verantwortlichen: „Ich habe wirklich langsam genug!“, schrieb sie auf Facebook kurz nach dem Bundesländer-Beschluss vom Januar, den Lockdown zu verlängern. „Die neuerlichen Entscheidungen der Bundesregierung sind nachzuvollziehen – wo aber bleibt die Strategie?“, fragt Federle. Der Impfstoff werde nicht mehr, sondern vorerst weniger. Zu ihren Forderungen zählen: Eine schnelle Beschaffung von Impfstoff, genaue Aufklärung über die Nebenwirkungen, endlich eine funktionierende Terminvereinbarung – und vor allem mehr Schnelltests.

Was rät Federle den Kommunen? „Die Kommunen bemühen sich total und machen eine tolle Arbeit“, sagt die Ärztin. „Es mangelt rein an der Organisation und Strategie.“ Ihr Rat: „Setzt mehr auf Freiwillige!“ Sie sei überwältigt von der großen Hilfsbereitschaft. „Die Leute wollen nicht tatenlos zu Hause sitzen! Sie wollen mit anpacken, diese Pandemie zu bewältigen.“ Und da ist es wieder – das breite Lächeln. 



CORONA-LEUGNER

WIE UMGEHEN MIT QUERDENKERN?

Verschwörungstheoretiker machen auch vielen Kommunen die Arbeit schwer. Ihnen nicht unnötig Aufmerksamkeit schenken, ist ein Tipp, den Psychologen geben. In Brandenburg wird bereits ein Handbuch für den praktischen Umgang mit solchen Leuten erarbeitet. Wir haben die Tipps der Experten.



von anderen Experten. „Die Querdenkerbewegung ist eine heterogene Bewegung“, sagt der Sektenbeauftragte der bayerischen Landeskirche, Pfarrer Matthias Pöhlmann. „Es ist letztlich eine nach rechts offene Bewegung mit einem beträchtlichen, immanenten Radikalisierungspotential.“ Eine Studie der Universität Konstanz habe die Begriffe der „heterogenen Misstrauensgemeinschaft“ und der „alternativen Wissensgemeinschaft“ geprägt. Die Besucher von Querdenkerveranstaltungen seien von Misstrauen geprägt, brächten alternative Fakten ins Spiel und beriefen sich stets auf Außenseiterpositionen.

Was aber, wenn in der eigenen Kommune plötzlich Querdenker auftauchen? Oder gar Gemeinderatsmitglieder rechtsextremistische Positionen teilen? „Es ist generell schwer, ein Format zu finden, um mit solchen Menschen ins Gespräch zu kommen“, sagt Pöhlmann. Jedoch müsse man auch unter Quer-

Von BENJAMIN LASSIWE

Im April 2020 ging es in Stuttgart los. Die Initiative „Querdenken 711“ begann, Menschen zu Protesten gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen zu versammeln. Schnell entwickelte sie sich zu einem bundesweiten Sammelbecken für Rechtsradikale, Enttäuschte und Esoteriker. Der bisher traurige Höhepunkt: Die versuchte Erstürmung des Berliner Reichstagsgebäudes während einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen. Doch nicht nur in Berlin oder Stuttgart, auch in vielen kleineren Städten und Gemeinden kommt es immer wieder zu Anti-Corona-Demonstrationen und Auftritten von „Querdenkern“. Und mittlerweile fragen sich viele Kommunalverwaltungen: Was tun, wenn Querdenker eine Veranstaltung oder Versammlung anmelden?

Hilfe zu diesem Thema könnte demnächst aus Brandenburg kommen. Der dortige Landesverfassungsschutz und das „Demos – Institut für Gemeinwesenberatung“ haben das Thema auf dem Schirm, wie der Sprecher im Brandenburger Innenministerium, Martin Burmeister, auf Anfrage von KOMMUNAL mitteilte. Ähnlich wie schon vor einigen Jahren bei einem mittlerweile in dritter Auflage erschienenen Handbuch zu den Reichsbürgern denke man derzeit auch über ein Querdenker-Handbuch nach. „Aktuell stehen bei Demos Überlegungen im Raum, daran anzuknüpfen und unter erneuter Mitwirkung des Verfassungsschutzes ein neues Handbuch herauszugeben, welches um

» **Bürger auf Querdenker-Demos sind von Misstrauen geprägt.**

Matthias Pöhlmann,
Sektenbeauftragter



Phänomene wie QAnon und Querdenken erweitert werden soll“, sagt Burmeister. „Wann damit zu rechnen ist, kann mit Bestimmtheit leider noch nicht mitgeteilt werden.“

Im Unterschied zu Baden-Württemberg seien die Querdenker in Brandenburg bislang aber kein Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes, so Burmeister. Denn aktuell lägen „keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte“ in Brandenburg dafür vor, dass von dieser Bewegung Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen. „Es wird vom Verfassungsschutz jedoch aufmerksam wahrgenommen, dass neben Kritikern der aktuellen Corona-Maßnahmen auch Rechtsextremisten, Reichsbürger und QAnon-Anhänger solche Versammlungen aufsuchen und teilweise initiieren“, betonte Burmeister. „Zudem berichtet das in Brandenburg ansässige Magazin „Compact“ intensiv über entsprechende Ereignisse.“ Bei „Compact“ handele es sich um einen rechtsextremistischen Verdachtsfall. „Insbesondere Rechtsextremisten, Reichsbürger und Anhänger von QAnon-Verschwörungsfantastereien verfolgen das Ziel, den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren“, sagt der Ministeriumssprecher. „Sie sind daher bemüht, entsprechende Proteste zu infiltrieren und in ihrem Sinne zu beeinflussen.“ Am Ende dieses Prozesses könne eine Transformation dieser Szenen und Strömungen stehen. Ähnliche Einschätzungen gibt es auch

FOTOS/Adobe Stock, privat

ANZEIGE

CONTAINEX

Raum zum Wohlfühlen

- Ideal als langfristige oder temporäre Raumlösung (z.B. Kindergärten und Schulen)
 - Optimale Wärmedämmung
 - Brandschutz (R)EI30 serienmäßig
- www.containex.com

GEG
konform*

*U-Werte gem. GEG

denkern unterscheiden. „Manche sind in einem versehten Verschwörungsglauben gefangen“, so Pöhlmann. „Manche leiden auch nur unter Corona-Maßnahmen, vor allem die Selbstständigen, die sich große Sorgen um ihre Existenz machen.“ Die sollte man nicht einfach als "Covidioten" abstempeln, sagt der Sektenbeauftragte. „Man sollte genau schauen, was sind das für Motive, die da eine Rolle spielen, und gerade die, die offen für Gespräche sind, in den politischen Raum zurückzuholen.“ Wie das praktisch gehen soll? „Man muss neue Formate entwickeln und neues Vertrauen wiederherstellen“, sagt Pöhlmann. Deeskalation sei wichtig. „Menschen, die ihre Sehnsüchte und negative Erfahrungen haben, müssen das Gefühl haben, dass man sie ernst nimmt.“ Wichtig sei aber, dass von Anfang an klargestellt werden muss, dass man sich im Gespräch in Achtung und auf Augenhöhe begegnet. „Überzeugte Demokraten sollten rote Linien markieren“, meint Pöhlmann. „Auch im Gespräch mit Mitläufern muss klar sein: Wo Menschenhass verbreitet wird, wo Antisemitismus auftaucht, sind die Grenzen überschritten.“

Ganz wichtig auch: Solche Gruppen nicht auch noch aufwerten. Der Mainzer Professor für Sozial- und Rechtspsychologie, Roland Imhoff, der sich in mehreren Studien mit der Querdenkerbewegung beschäftigt hat, warnt genau davor. „Man sollte dem Phänomen nicht so viel Aufmerksamkeit verleihen, wir sollten keine falsche Ausgewogenheit pflegen: Wenn Menschen keine relevante Expertise haben, müssen sie auch nicht in Talkshows oder zu Podiumsdiskussionen eingeladen werden.“ Ein Beispiel ist aus seiner Sicht die Debatte um die Klimaerwärmung: Obwohl sich Wissenschaftler heute zu 98,99 Prozent einig sind, dass die Klimaerwärmung auch von Menschen gemacht ist, wurden in zahllose Talkshows Klimaskeptiker eingeladen. „Wenn ich jemanden zu etwas einlade, dann doch bitte auf Basis von Expertise, und nicht, weil jemand eine Meinung hat, die da auch noch repräsentiert werden soll“, sagt Imhoff. „Menschen sollten dann zu Talkshows, Diskussionen und Veranstaltungen eingeladen werden, wenn sie einen Wissensvorsprung haben.“

Vor Ort, im Privaten oder Kommunalen, rät Imhoff dazu, mit den Verschwörungstheoretikern vor allem über deren Quellen zu diskutieren. „Meinetwegen glaubst Du, dass die ARD oder KOMMUNAL nicht die Wahrheit erzählen“, beschreibt Imhoff den Beginn so eines Gesprächs. „Aber wer erzählt



» Wir sollten dem Phänomen Querdenker nicht so viel Aufmerksamkeit schenken.“

Roland Imhoff,
Sozialpsychologe



denn aus Deiner Sicht die Wahrheit? Russia Today? Aber warum?“ Persönlich glaube er, dass in einem direkten Gespräch die wenigsten Querdenker sagen würden: „Ich glaube das, weil XY das auf Youtube gesagt hat“, sagt Imhoff. „Die meisten Verschwörungstheoretiker sind doch überzeugt davon, dass sie Fakten folgen.“ Deswegen sei es wichtig, sie ins Nachdenken über ihre Quellen zu bringen. Offener Widerspruch dagegen nutze nur etwas, wenn bei einer öffentlichen Veranstaltung auch Dritte dabeistehen. „Die kann ich damit erreichen“, sagt Imhoff. „Einen Verschwörungstheoretiker erreiche ich durch bloßen Widerspruch meist nicht.“

Der Brandenburger Verfassungsschutz gibt den Kommunen indes noch einige praktische Tipps mit auf den Weg. Gerade bei Veranstaltungsanmeldungen sollte immer sehr genau darauf geachtet werden, wer die Verantwortung trägt, und was bei den Redebeiträgen während der Veranstaltung tatsächlich gesagt wird, empfiehlt Ministeriumssprecher Burmeister. Oft seien an solchen Veranstaltungen „regional bekannte Akteure“ beteiligt, die auch schon in anderen Zusammenhängen „aktiv nach Anschluss für ihre Themen und Ideologien – teilweise mit extremistischen Bezügen – gesucht haben“. Daher sollten Kommunen engen Kontakt mit Polizei und Verfassungsschutz pflegen, wenn sich Querdenker vor Ort bemerkbar machen. „In Brandenburg steht der Verfassungsschutz gern für eine Bewertung oder Beratung zur Verfügung.“

FOTOS/Adobe Stock, privat

ZUKUNFTSFORSCHER

DIGITALE TECHNOLOGIE KANN **DEMOKRATIEN ERNEUERN** ODER IHR ENDE BESCHLEUNIGEN

Während die Demokratie international in der Krise steckt, gewinnt sie im Lokalen an Vitalität, meint unser Zukunftsforscher Daniel Dettling in seiner Kolumne.

„Die Zukunft der Demokratie ist global“ habe ich in dieser Zeitschrift als These formuliert. Die globalen Städte und Bürgermeister formen die soziale Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts. Ihre Themen sind die großen Fragen unserer Zeit: Klimaschutz, Integration und Zusammenhalt, Kampf gegen Populismus, Demokratie, Gesundheit, Bildung und Mobilität. „Wir brauchen radikale Ansätze, die sich aus Demokratie, Gerechtigkeit, Wertewandel und Nachhaltigkeit speisen“, schreibt der Bürgermeister des sächsischen Augustusburg, Dirk Neubauer, in seinem lesenswerten Buch „Das Problem sind wir“. Kommunen sind motivierter, globale Probleme zu lösen, weil sie schneller ihr Opfer werden können. Der Klimawandel ist ein Beispiel: 80 Prozent der CO₂-Emissionen kommen aus den Städten. 90 Prozent der Städte weltweit liegen am Meer, einem See oder Fluss. Während die Klimapolitik auf nationaler Ebene meist ein Thema unter vielen ist, spielt sie sich in den Städten vor der eigenen Haustür ab.

Ein zweites, ebenso zukunftsentscheidendes Thema ist die Zukunft der Demokratie. Genauer: die Zukunft der liberalen Demokratie in der Ära der Digitalisierung. Viele sehen die Gefahr einer durchtechnologisierten Stadt, die am Ende ihre Bürger überwacht und steuert. Schafft die Smart City die Demokratie ab, wie jüngst der Politikwissenschaftler Adrian Lobe in der Neuen Zürcher Zeitung behauptet hat? Städte, so Lobos düstere Pro-

FOTO/Edgar Rodtmann

» Ein Städtebündnis auf nationaler Ebene würde auch Deutschland gut zu Gesicht stehen.“

Daniel Dettling,
Zukunftsforscher



gnose, würden in Zukunft nicht regiert, sondern gemanagt. Die Dystopie einer „Privatisierung und Technisierung von Herrschaft“. Politik ohne Politik? In Lobes düsterem Szenario streiten sich die Bürger nicht mehr über Radwege und Fahrverbote, sondern betrachten Politik als Bestell- und Lieferservice. Lobe beschreibt eine Entwicklung, die bereits vor der Digitalisierung begann. Das Modell der „Politics of Delivery“ ist nicht neu, sondern das seit Jahrzehnten dominierende Verständnis in den westlichen Demokratien.

Diesem real existierenden Modell von Demokratie liegt ein paternalistischer Gesellschaftsvertrag zwischen Regierenden und Regierten zugrunde:

„Die Bürger bestellen und die Politik liefert.“ Politiker werden für ihre materiellen Versprechungen vor der Wahl gewählt (Arbeitsplätze, Steuersenkung, Rentenerhöhung, neue Straßen und mehr Polizei) und liefern nach der Wahl. Der Idealtyp dieses Demokratiemodells ist der Kurzzeitpolitiker, der auf Sicht regiert, auf Meinungsforscher hört und eine Politik der kleinen Schritte verfolgt. Seine Wähler lässt er (oder sie) über die Richtung lieber im Unklaren, weil er keine Vision von der Zukunft hat. Über Werte, eine gemeinsame Vorstellung von der Zukunft und die Frage, wer welchen Beitrag für ein gelingendes Zusammenleben leistet, wird in diesem Modell nicht gesprochen geschweige denn gestritten. Der Mangel an Zukunft und Vertrauen war der eigentliche Grund für die Abkehr der Bürger in etlichen liberalen Demokratien vor Corona. Corona kann eine demokratische Wende einläuten oder ihr Ende beschleunigen. Digitale Technologien können dabei helfen, in beide Richtungen. Sie können den autoritären Überwachungsstaat perfektionieren oder die repräsentative Demokratie ergänzen, erweitern und erneuern. Die demokratische Idee der Digitalisierung ist die Vernetzung von Menschen mit Menschen und ihren Bedürfnissen und nicht die Vernetzung oder gar Verschmelzung von Menschen und Maschinen.

Wie digitale Demokratie und smart city funktionieren können, zeigt vorbildhaft die Bürgermeiste-



80%

der **CO₂-Emissionen** kommen aus den Städten.

rin von Barcelona. Auf Bürgerbeteiligung, Digitalisierung und lokale Wirtschaft setzt Ada Colau, die im Juni 2019 wiedergewählt wurde. 40.000 Bürger haben sich an der Erstellung des Regierungsprogramms beteiligt. Dreiviertel des Programms stammt von den Bürgerinnen und Bürgern. Die Stadt zeigt, wie Technologie und Demokratie harmonieren können: High Tech plus High Touch. Barcelona setzt auf Infrastruktur und lokale Tech-Unternehmen. Die Daten gehören den Stadtbewohnern und sollen ausschließlich für soziale Zwecke genutzt werden. Entstanden sind in den letzten Jahren autofreie Stadtgebiete, neue Buslinien und ein städtisches Unternehmen für Solarenergie. 20.000 Häuser und alle öffentlichen Gebäude bekommen von dort ihre Energie. Im Tech-Bereich fördert Barcelona kleine und mittlere Unternehmen, um neue digitale Dienstleistungen und Lösungen zu entwickeln. Ganze Stadtbezirke sind heute für den Autoverkehr fast gesperrt. Maximal 10 km/h darf dort gefahren werden, parken ist nicht erlaubt. Feste,

Märkte und Veranstaltungen haben mehr Platz, die ökonomische Aktivität ist in den Bezirken gestiegen, Luftverschmutzung und Lärm sind dagegen gesunken.

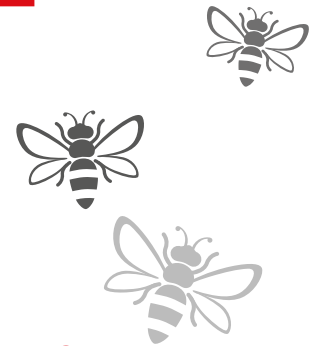
Während die Demokratie auf nationaler und supranationaler Ebene in der Krise steckt, gewinnt sie auf kommunaler und städtischer Ebene eine neue Vitalität. So gründeten Bürgermeister und Stadträte aus Spanien, Griechenland, Chile, Indien, Brasilien und den USA, das Bündnis „Fearless Cities“, um „in Zeiten von Hass und autoritärer Regime für Menschenrechte, Demokratie und Gemeinwohl einzutreten“. Auf globaler Ebene gibt es das Bündnis der Bürgermeister großer Städte. Zu den Kernwerten gehören lokales Selbstregieren, Zusammenarbeit und offener Dialog. Ein Städtebündnis auf nationaler Ebene würde auch Deutschland gut zu Gesicht stehen. Wie Corona ist auch Populismus pandemisch und breitet sich schnell über soziale Medien aus. Gegen das Virus des Hasses und der Verschwö-

FOTO/Adobe Stock

» In den Kommunen wird die Zukunft entschieden, **das Regionale und das Globale verschmilzt zum Lokalen.**«

rung gibt es jedoch keinen medizinischen Impfstoff. Um diesen Virus zu bekämpfen, braucht es einen demokratischen „Ko-Immunität“ (Peter Sloterdijk).

In den Kommunen wird die Zukunft entschieden, das Regionale und das Globale verschmilzt zum Lokalen. Die neue „glokale Demokratie“ hat ihre Wurzeln in der alten antiken Demokratie und setzt wie diese auf Beteiligung und Demokratie von unten. Corona führt zu einer Neuvermessung der politischen Landschaft. Es kommt wieder auf Ideen und Innovationen an und auf die richtige Koalition von beiden. Statt auf eine „politics of delivery“ setzt Zukunftspolitik auf eine „politics of commitment“, eine Selbstverpflichtung von Politik und Bürgergesellschaft. Zukunftspolitik legitimiert sich nicht durch Maßnahmen und technokratische Reformen, sondern durch Werte und Visionen einer besseren Zukunft. Zukunftspolitik ist eine Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger. ☺



STÄDTEPLANUNG

NISTPLÄTZE UND STAUBBÄDER

Wohnungsbau, Naturschutz und Biodiversität zusammen denken: Das versucht ein Forschungsteam der Technischen Universität München. Mit den Prinzipien des Animal Aided Designs (AAD) sollen Tiere in der Stadt Heimat finden und Menschen mehr Wohn- und Lebensqualität erleben.

Von ANNETTE LÜBBERS

Noch ist es um uns herum nicht gänzlich still geworden, aber es summt, brummt und krabbelt in Deutschland von Jahr zu Jahr weniger. Auch wenn es gerade im urbanen Raum noch erstaunlich viele Tiere gibt und immer weitere Arten sich in die Städte zurückziehen. In den Ballungsräumen gibt es einfach mehr Nahrung, weniger Pestizide, keine Überdüngung oder Jäger auf der Pirsch. Artgerechte Quartiere, natürliches Nistmaterial und ungestörte Futterplätze sind für die Tiere infolge von Nachverdichtung und Flächenversiegelung allerdings nicht leicht zu finden. In einem Forschungsprojekt der Technischen Universität München und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz wollen der Biologe Wolfgang W. Weisser und der Landschaftsarchitekt Thomas E. Hauck von der Universität Kassel herausfinden, wie die Bedürfnisse unserer tierischen Mitbewohner bereits in der Planungsphase eines Bauprojekts berücksichtigt werden können. Der Biologe ist überzeugt: „Viele Studien beweisen, dass wir Menschen uns einfach wohler fühlen, wenn es um uns herum brummt und zwitschert. Also wird es Zeit, dass Bauherren, Architekten und Landschaftsarchitekten zum Wohl von Mensch und Tier gemeinsam kreativ werden.“

» Wenn wir Tieren in der Stadt Raum geben wollen, dann müssen wir in jedem Bauprojekt die Tiere von Anfang an mitplanen.“

Wolfgang W. Weiser,
Bayerisches Staatsministerium

Und das wurden sie – erstmals in einem Pilotprojekt. Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG hat im Frühjahr 2020 in München drei fünfgeschossige Wohngebäude nach dem derzeitigen Stand des Animal-Aided-Designs errichtet. Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick eher unscheinbar: In den Fassaden sind längliche Einlässe für Fledermäuse eingebaut und Nistplätze für Mauersegler eingerichtet. Bei den Außenanlagen der Gebäude wurden Staubbäder für Haussperlinge, Durchlässe und Überwinterungsquartiere für Igel oder Spechtbäume aus Totholz geschaffen. Zudem dienen die ausgewählten Pflanzen, Hecken und Sträucher als Buffet für die heimische Tierwelt. Für das Unternehmen war die reibungslose Integration des AAD-Konzepts in den Planungs- und Bauprozess eine große Herausforderung. Klaus Michael Dengler, Sprecher der Geschäftsführung: „Die Abläufe sind natürlich sehr gut durchorganisiert, aufeinander abgestimmt und eingespielt. Das AAD kann man dabei wie ein neues, zusätzliches Gewerk betrachten. Ohne eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von unterschiedlichen Planern, Baugewerken und den Forschungspartnern wäre es nicht gegangen.“ Ein Beispiel: Begrünte Dächer sollten Vögeln und Insekten ungestörte Futterplätze bieten. Eine Aufgabe, mit der die üblichen Fach-

FOTOS/Adobe Stock, GEWOFAG



leute keine Erfahrung hatten: „Dachdecker, Haus-techniker und Blitzschutzfachleute mussten sich mit ökologischen Ansprüchen auseinandersetzen und auf ungewohnte Weise mit Landschaftsarchitekten, ökologischer Baubetreuung und Forschungspartnern zusammenarbeiten“, erläutert Klaus Michael Dengler.

Wir befruchtend für alle Beteiligten diese Form der interdisziplinären Zusammenarbeit sein kann, weiß Wolfgang W. Weisser aus eigener Erfahrung: „Mein Kollege Thomas E. Hauck hatte als Landschaftsarchitekt zunächst eine völlig andere Perspektive als ich. Er sagt bisweilen scherzhaft: Wir kleben in unsere Wohnungsbauprojekte ein Eichhörnchen, aber wir fragen das Eichhörnchen nicht, ob es dort auch leben kann und will, wo wir es im Bild zeigen.“ Daraus leitete sich für ihn die Erkenntnis ab: „Wenn wir Tieren in der Stadt Raum geben

ANZAHL DER BIENENVÖLKER IN DEUTSCHLAND





und die Artenvielfalt erhalten wollen, dann müssen wir in jedem Bauprojekt die Tiere von Anfang an mitplanen und in der Planung ihre Bedürfnisse berücksichtigen.“

Letztendlich werden allerdings Haussperlinge, Mauersegler, Grünspechte, Zwergfledermäuse und Braunbrüstigel selbst darüber entscheiden, ob das Pilotprojekt in München zu einem Erfolgsmodell wird. Schon deshalb verbindet Klaus Michael Dengler mit dem Projekt noch keine konkrete Erwartungshaltung. „Das wäre aus meiner Sicht zu früh. Es ist ein Forschungsvorhaben und das Produkt Animal-Aided-Design muss seine Marktreife erst noch erlangen. Die Bedeutung von Artenschutz und Biodiversität beim Planen und Bauen hat mittlerweile aber deutlich zugenommen – zumindest in der Stadt München und bei der GEWOFAG. Ich denke, dass das AAD-Konzept Potenzial hat, auch als Inspirationsquelle für die zukünftige Gestaltung des urbanen Raums.“ Und Wolfgang W. Weisser ergänzt: „Ich hoffe, dass unser Forschungsprojekt zeigen wird: Bereits mit einfachen und kostengünstigen Maßnahmen können wir die Artenvielfalt in der Stadt bewahren und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen erhöhen. Langsam spricht sich unser Ansatz herum. Manche Stadtplanungsämter zeigen sich sehr aufgeschlossen. In Ingolstadt sind wir mit dem Stadtrat im Gespräch. Aus Berlin und Hamburg gibt es Interesse. Und wir haben schon Arbeiten in mehreren Metropolen – Berlin, München und Hamburg – erstellt.“



FOTOS/ Adobe Stock, GEWOFAG

EUROPEAN AWARD FOR ECOLOGICAL GARDENING 2021

EINREICHUNG/SUBMISSION:
15.11.2020 – 31.05.2021

www.naturimgarten.at/award

Der European Award for Ecological Gardening 2021 prämiiert realisierte, innovative sowie nachhaltige Projekte und Leistungen, die naturnah gestaltet sind, ökologisch gepflegt werden und auch soziale und wirtschaftliche Aspekte einbinden können.

The European Award for Ecological Gardening 2021 awards prizes to innovative and sustainable projects and achievements, which have already been implemented and are near-naturally designed, are ecologically cultivated and can also include social and economic aspects.



FORSA

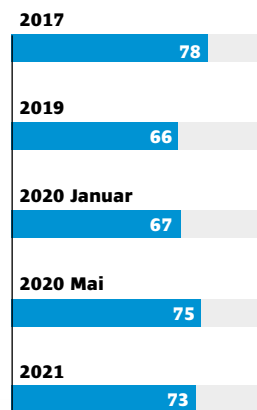
VERTRAUEN IN DIE KOMMUNEN STEIGT

Kommunalen Institutionen ist es nach Jahren gelungen, Vertrauen zurückzugewinnen. Denn in der Corona-Krise hat sich Kommunalpolitik endlich weniger um Randgruppen und dafür mehr um die Sorgen breiter Bevölkerungsschichten gekümmert, meint Forsa-Chef Manfred Güllner.

Das Vertrauen zu den politischen Institutionen auf Bundes- und Landesebene (mit Ausnahme des unverändert hohen Vertrauens zum Bundespräsidenten) ging als Folge der schwierigen Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017, des heftigen Streits zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU sowie der permanenten Konflikte zwischen Union und SPD in der Großen Koalition im regelmäßig durchgeführten forsä-Institutionen-Ranking zur Jahreswende 2018/2019 und 2019/2020 merklich zurück. Vom Vertrauensrückgang waren auch die lokalen Institutionen (Bürgermeister, Gemeindevertretung, Gemeindeverwaltung) in gleichem Maße betroffen wie die Institutionen auf Landes- und Bundesebene. Doch in der Corona-Krise kehrte das Vertrauen in alle – auch die lokalen Institutionen – schon im Mai letzten Jahres nicht nur wieder zurück, sondern erreichte sogar ein höheres Niveau als zur Jahreswende 2017/2018. Das Vertrauen ist zur Jahreswende 2020/2021 so groß geblieben wie im Mai letzten Jahres. Lediglich das an sich immer noch überdurchschnittlich große Vertrauen zu den kommunalen Unternehmen erreicht aktuell nicht mehr das Niveau von 2017 und ging in der Corona-Krise zwischen Mai 2020 und der Jahreswende 2020/2021 sogar leicht zurück.

Die Institutionen vor Ort profitieren wie die anderen politischen Institutionen davon, dass sich die Politik während der Corona-Pandemie nicht mehr wie zu oft in der Vergangenheit in erster Linie um Probleme von Randgruppen, sondern darum kümmert, was die Mehrheit

VERTRAUEN IN KOMMUNALE UNTERNEHMEN
2017 bis 2021
in Prozent



der Menschen wirklich bewegt und besorgt – und das war und ist in Zeiten von Corona das Virus und seine Folgen.

Allerdings zeigen sich auch in der Corona-Krise die auch vor Corona schon zu beobachtenden regionalen Differenzen im Grad des Vertrauens.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede beim Vertrauen zur jeweiligen Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung. So haben in Bayern 64 Prozent, in Berlin jedoch nur 32 Prozent Vertrauen zur Verwaltung vor Ort. Das Urteil über die Berliner Verwaltung ist somit wie schon in den Vorjahren auch in der Corona-Krise weiterhin extrem negativ geblieben.

Deutliche Unterschiede im Vertrauen zur Verwaltung sowie zum Bürgermeister oder zur Gemeindevertretung zeigen sich nicht nur zwischen Bayern und Berlin, sondern auch beim Vergleich Bayerns mit dem Stadtstaat Bremen oder den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie dem Saarland. So ist das Vertrauen zu den lokalen Institutionen bis auf die Städte mit 100.000 bis 500.000 Einwohnern in den übrigen Ortsgrößenklassen im Durchschnitt der alten Länder größer als im Durchschnitt der neuen Länder. Aber auch zwischen den Ländern der alten Bundesrepublik zeigen sich zum Teil gravierende Unterschiede im Niveau des Vertrauens – so zwischen

den beiden bevölkerungsreichsten Ländern Nordrhein-Westfalen und Bayern. Dabei kann für die Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern kein Vergleich zwi-



FOTOS/ privat, Adobe Stock

schen den beiden Ländern erfolgen, da es in NRW nur noch 4 Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern gibt. Ähnlich groß ist das Vertrauen zur Verwaltung sowie zum Bürgermeister oder Oberbürgermeister und zur jeweiligen Gemeinde- oder Stadtverwaltung in Bayern und NRW nur bei den Städten und Gemeinden mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern. In kleinen Orten sowie den Großstädten, vor allem aber den großen Metropolen mit mehr als 500.000 Einwohnern, ist das Vertrauen zu den politischen Institutionen vor Ort in Bayern zum Teil deutlich größer als in NRW. In Bayern dürfte die CSU das Land und die Kommunen alles in allem gut regiert haben, während die SPD in ihrer langen Regierungszeit an Rhein und Ruhr auf Landes- und kommunaler Ebene zunehmend schlecht regiert hat und somit das einstmals vorhandene große Vertrauen vor allem auf lokaler Ebene verspielt hat. So ist auch heute noch das Vertrauen der Anhänger der CSU zu den lokalen Institutionen höher als das Vertrauen der Anhänger aller anderen Parteien.

Die aktuell im großen forsä-Institutionen-Vertrauensranking für die kommunalen Institutionen ermittelten Werte weisen aber auch auf ein beachtliches Vertrauensdefizit bei den unteren sozialen Schichten hin. So ist das Vertrauen zum jeweiligen Bürgermeister, zur jeweiligen Gemeindevertretung und vor allem zur jeweiligen Verwaltung bei den Hauptschulabsolventen und den Arbeitern deutlich geringer als bei den mittleren und höheren Bildungsschichten sowie den anderen Berufsgruppen. Geringer als bei Angestellten und vor allem den Beamten ist das Vertrauen zu den Institutionen vor Ort aber auch bei den Selbständigen, die in der Regel die meisten Kontakte zu Behörden und politischen Akteuren vor Ort haben.

Um diese Kluft im Vertrauen zu den lokalen Institutionen zwischen den sozialen Schichten nicht größer werden zu lassen, sondern sie zu verringern, müssten die Kommunen entsprechende Anstrengungen unternehmen. **➊**

VERTRAUEN IN KOMMUNALE INSTITUTIONEN

2018 bis 2021

Es haben großes Vertrauen zum/zu/zur

Bürgermeister/Oberbürgermeister



Gemeindevertretung

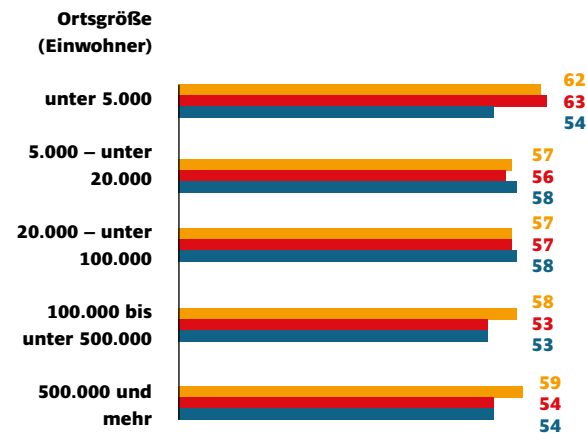


Gemeinde-/Stadtverwaltung



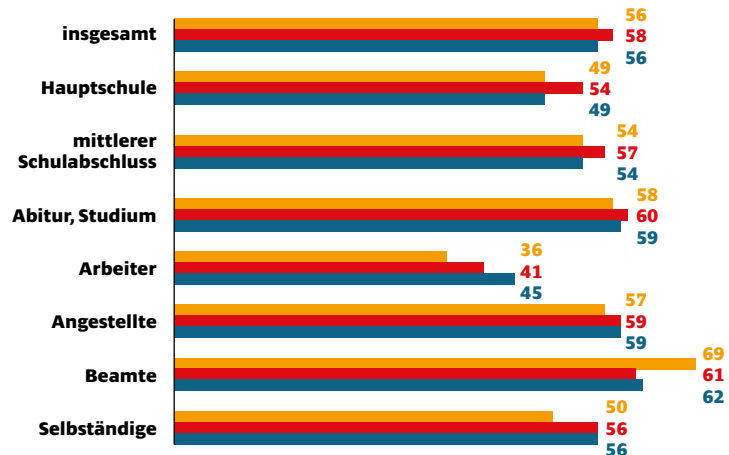
VERTRAUEN IN LOKALE INSTITUTIONEN
NACH ORTSGRÖSSE (ANFANG 2021)

Es haben großes Vertrauen zur (zum)
 ■ Stadt-/Gemeindeverwaltung
 ■ Bürgermeister/Oberbürgermeister
 ■ Stadt/Gemeindevertretung



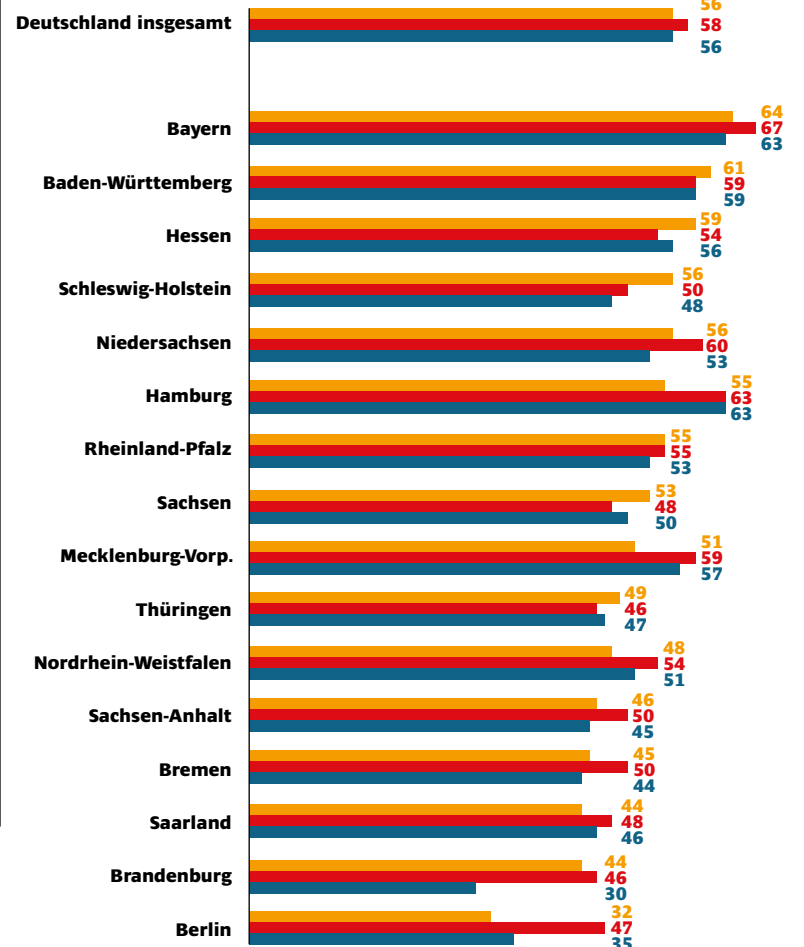
VERTRAUEN IN LOKALE INSTITUTIONEN
NACH SOZIALEN SCHICHTEN (ANFANG 2021)

Es haben großes Vertrauen zur (zum)
 ■ Stadt-/Gemeindeverwaltung
 ■ Bürgermeister/Oberbürgermeister
 ■ Stadt/Gemeindevertretung



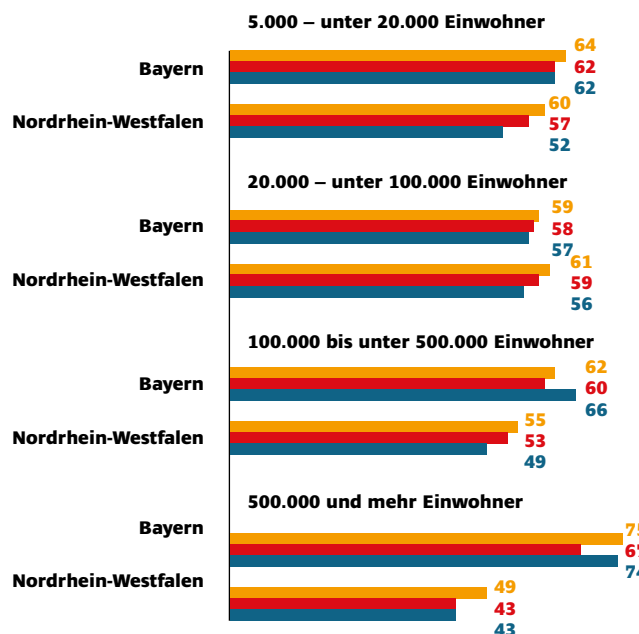
VERTRAUEN IN LOKALE INSTITUTIONEN
IN DEN EINZELNEN BUNDESLÄNDERN ANFANG 2021

Es haben großes Vertrauen zur (zum)
 ■ Stadt-/Gemeindeverwaltung
 ■ Bürgermeister/Oberbürgermeister
 ■ Stadt/Gemeindevertretung



VERTRAUEN IN LOKALE INSTITUTIONEN
BAYERN UND NORDRHEIN-WESTFALEN
NACH ORTSGRÖSSE (ANFANG 2021)

Es haben großes Vertrauen zur (zum)
 ■ Stadt-/Gemeindeverwaltung
 ■ Bürgermeister/Oberbürgermeister
 ■ Stadt/Gemeindevertretung



DIGITAL TOTAL

JUNGE MENSCHEN SETZEN AUF DIE BÜRGERMEISTER

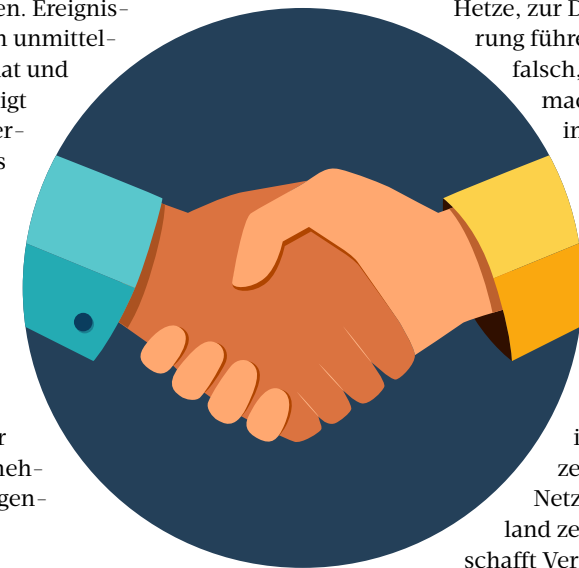
Soziale Medien produzieren nicht nur Hass und Hetze, es entstehen auch konstruktive Projekte. Das hohe Vertrauen junger Erwachsener unter 30 Jahren in die Kommunalpolitik ist ein Ergebnis dieser konstruktiven Diskussion vor Ort, meint Franz-Reinhard Habel.



Vertrauen ist eine der wichtigsten Währungen. Das gilt im privaten Leben wie auch gegenüber Institutionen. In Zeiten der Veränderung ist Vertrauen besonders wichtig. Vieles ist im Werden und kann oftmals nur bedingt belegt werden. Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie haben unmittelbaren Einfluss auf das Vertrauen in Staat und Politik. Eine jüngste Forsa-Umfrage zeigt nun, dass junge Menschen ihren Bürgermeistern deutlich stärker vertrauen als ältere Menschen. Das ist eine bemerkenswerte Feststellung und zeigt, wie wichtig die lokale Ebene gerade für junge Menschen ist. In den Städten und Gemeinden spielt sich das reale Leben ab, hier zeigt sich, ob die Politik es mit ihrer Gestaltungsaufgabe ernst nimmt. Lokalpolitik ist näher am eigenen Leben dran, Bürgermeister treten einem direkt als Person und zunehmend auch in sozialen Netzwerken gegenüber. Das schafft Vertrauen.

Es sind die lokalen Aktionsfelder, die mehr Nähe zwischen Bürgermeister und jungen Menschen bringen. Über soziale Netzwerke werden von jungen Menschen Aktionen aufgesetzt. Oftmals entwickeln sich daraus fruchtbare Dialoge mit Vertretern der Lokalpolitik. Bundes- und Landespolitiker sind von einer solchen, örtlich wirkungs-

vollen Kommunikation, weit entfernt. Initiativgruppen in Städten haben in aller Regel auch einen Bezug zur eigenen Kommune und damit zum Bürgermeister. Kritiker werden einwenden, dass die Verbreitung sozialer Medien zu Hass und Hetze, zur Destruktion und starken Polarisierung führen. Das ist leider auch so. Aber es wäre falsch, soziale Netzwerke nur den „Krawallmachern“ zu überlassen. Hier heißt es, in der Öffentlichkeit den Scheinwerfer auf konstruktive Projekte zu richten. Ein solches Projekt ist zum Beispiel der im März 2021 stattfindende Hackathon #Update Deutschland. In den Vorbereitungsgruppen arbeiten viele Bürgermeister mit jungen Akteuren zusammen, identifizieren Herausforderungen und engagieren sich, auch die Zivilgesellschaft in ihren Orten zu aktivieren. Dazu nutzen immer mehr Bürgermeister soziale Netzwerke. Das Beispiel #Update Deutschland zeigt, wertschätzende Kommunikation schafft Vertrauen, welches wir dringend in einer sich immer schneller verändernden Welt brauchen. Eines bleibt ganz oben auf der Tagesordnung der Politik: Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine solche wertschätzende Kommunikation insbesondere in sozialen Netzwerken müssen schnell geschaffen werden, sonst bleibt der Scheinwerfer aus. ❌



FOTOS/ privat, Adobe Stock

ARBEITEN & GESTALTEN

STADTERNEUERUNG

So funktioniert die
ZOOM-Stadt
Seite 43

NACHWUCHS

Wie Kommunen junge
Kräfte gewinnen
Seite 46

DIGITALISIERUNG

SO HAT VERWALTUNG ZUKUNFT

Die Kommunen haben ihre Digitalisierungsprojekte in der Corona-Pandemie vorangebracht. KOMMUNAL stellt nachahmenswerte Beispiele vor: von der Mitarbeiter-App bis hin zu unterstützenden Digitallotsen. Moderne Verwaltung ist aber auch gutes Bildungs- und Gesundheitsmanagement.

Von GUDRUN MALLWITZ

Herzlich Willkommen
Digital Lotsen der Stadt Konstanz
zum Teambuilding

DIGITAL-LOTSEN HELFFEN IHREN KOLLEGEN

In der Stadtverwaltung Konstanz werden seit Anfang 2019 digitale Lotsen ausgebildet. „25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 23 verschiedenen Abteilungen haben sich auf dem Gebiet der Digitalisierung zusätzlich qualifiziert“, erläutert Björn Fischer, Koordinator für Digitalisierung, das innovative Konzept. Die Digital-Lotsen erweisen sich in der Corona-Krise als sehr hilfreich für die Beschäftigten, unterstützen im Umgang mit Kommunikations- und Arbeitstools. Die Universität Konstanz begleitete das Projekt zu Beginn wissenschaftlich. In einer Forschungsarbeit wurden die Erwartungen der Angestellten im öffentlichen Dienst zu dem digitalen Innovationsprojekt untersucht. „Es stellte sich heraus, dass die Digital-Lotsen großen Zuspruch erfahren“, sagt Fischer. Die Digital-Lotsen selbst zeigen sich auch begeistert. Das Projekt fördere den Austausch untereinander über die Abteilungen hinweg. Das Land Baden-Württemberg hat Konstanz als Digitale Zukunftskommune ausgezeichnet.

<https://www.konstanz.de/digital/moderne+verwaltung>

KOMMUNIKATIONS-APP FÜR MITARBEITER

Das kommunale Amt für Informationstechnik und Digitalisierung wurde beauftragt, für alle rund 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Kommunikations-App zu entwickeln. Denn auf das Intranet bei der Stadtverwaltung Wuppertal haben lediglich die Angestellten mit einem Computerarbeitsplatz Zugriff. „Informationen und Dienstleistungen sollten einfach, schnell und jederzeit von Smartphones und Tablets abrufbar sein“, schildert Christine Gerth vom Amt für Informationstechnik das Konzept. Es können nun Meldungen aus dem Intranet und interne Stellenausschreibungen ebenso wie das interne Mitteilungsblatt abgerufen werden. Die App lässt sich auf das private Smartphone herunterladen, nach Anmeldung mit der Personalnummer und einem Passwort über eine Webseite. Als kommunaler IT-Dienstleister bietet das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung diesen Service auch für andere Kommunen an.

**APP IM
GESUNDHEITSAMT**

„CovDi“ steht für Covid Digital. Die von der Stadt Bonn in der Corona-Pandemie entwickelte App hat sich vom ersten Tag an bewährt. „Wir waren damit kurzfristig in der Lage, den Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsamt zu helfen“, sagt David Adler. Er leitet bei der Stadtverwaltung den Bereich E-Government. Die App hilft, die Corona-Fälle zu erfassen und zu verwalten. Verwirklicht wurde sie mit Hilfe einer Low-Code-Plattform. Das Tolle: Nach nur vier Wochen war sie einsatzbereit. Alle Kontaktpersonen werden über eine Eingabemaske erfasst. Die Daten stehen allen Berechtigten zur Verfügung und können weiterbearbeitet werden. Informationen wie neue Symptome im Corona-Krankheitsverlauf oder ein neues Testergebnis können nachträglich ergänzt werden. Über eine „Multiimport-Funktion“ lassen sich sogar Datensätze von ganzen Schulklassen übernehmen.



**OPEN DATA IM
LANDKREIS**

Der Landkreis Cham in Bayern betreibt eine eigene Open-Data-Plattform. Dort kann nach unterschiedlichen Kriterien recherchiert werden. Nur einige Beispiele: Bauen & Wohnen, Breitband & Kommunikation, Denkmalschutz & Kultur, Freizeit & Tourismus, Wirtschaft & Gewerbe. „Diese Plattform trägt dazu bei, die öffentliche Verwaltung des Landkreises Cham transparenter zu machen“, schreibt der Landkreis auf der Homepage an die Bürger. Die gesammelten Informationen zum Landkreis Cham stammen in erster Linie aus der zentralen Datenbank des interkommunalen Geoinformationssystem (IKGIS-Cham). Die für die Bürger verfügbaren Inhalte entsprechen weitgehend den intern verwendeten Strukturen. Personenbezogene Daten und Inhalte nur für den Dienstgebrauch sind ausgeblendet.

<https://www.landkreis-cham.de/service-beratung/egovernment/opendata/>
<https://data-lra-cha.opendata.arcgis.com/>

**MITARBEITER
BEGESTERN**

Die Beschäftigten mitzunehmen bei der Digitalisierung der Verwaltung – das hat sich die Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein zum Ziel gesetzt. „Wir wollen die Mitarbeitenden der Verwaltung für die Digitalisierung begeistern und sie motivieren, schnell hochwertige digitale Dienstleistungen anzubieten sowie eigene Arbeitsprozesse zu vereinfachen“, sagt Jonas Dageförde, Chief Digital Officer der Landeshauptstadt Kiel. Gleich zu Beginn der Corona-Krise wurde ein Erste-Hilfe-Kit für die Arbeit zuhause erarbeitet, ein Messenger-Dienst eingerichtet. Teams können digital gemeinsam Dokumente bearbeiten. Ein Großteil der Stadtverwaltung führt die Dienstbesprechungen in Lockdown-Zeiten per Videocall durch. Für die Unterstützung der digitalen Transformation hat die Stadt elf neue Stellen geschaffen. Im Jahr 2020 wurden über 60 Projekte der digitalen Strategie umgesetzt.

https://www.kiel.de/de/kiel_zukunft/digitalisierung/



FOTOS/ Adobe Stock, Lh Kiel/Bode Quante, Peter Prengel, Stadt Essen

**NEUES RATHAUS,
INNOVATIVES ARBEITEN**

Wie sehr die Corona-Pandemie die Digitalisierung in vielen Verwaltungen beschleunigt hat, zeigt das Beispiel Essen. „Für unsere Mitarbeiter hat sich unglaublich viel geändert“, berichtet Peter Adelskamp, verantwortlich für den Prozess zur digitalen Transformation. Innerhalb weniger Wochen wurden virtuelle Desktop-Infrastrukturen bereitgestellt, die bislang auf 3.000 Zugänge ausgeweitet wurden. Zudem schuf die Stadt für 6.500 Kollegen E-Mail-, und Kalenderzugänge für die Arbeit von zu Hause. Was zu Beginn an vielen Stellen zögerlich ausprobiert wurde, mündete in routinierten Abläufen, so das Fazit. Die Erkenntnisse fließen in die Planungen für das BürgerRatHaus ein. Das neue Rathaus in Essen soll bis Ende 2025 fertig sein. Geplant sind offene Arbeitsstrukturen und mehr mobiles Arbeiten. Die Onlineplattform essen.de wird neugestaltet, ein Serviceportal zu elektronischen Verwaltungsprozessen wurde eingeführt.



Kommunen schützen ihre öffentlichen Plätze mit zertifizierten Zufahrtsschutzsystemen

Die mobile und präventiv wirkende Zufahrtssperre CLAW wurde in unserem Haus entwickelt, um sensible Bereiche wie Sportveranstaltungen, Weihnachtsmärkte, Volksfeste, Festivals etc. vor unbefugten Durchfahrten mit Fahrzeugen zu schützen. Mit den zertifizierten mobilen Fahrzeugsperren von Volkmann Strassen- und Verkehrstechnik sichern Sie Zufahrten zu den unterschiedlichsten Veranstaltungen ganzjährig unter freiem Himmel, sowie zu gefährdeten Bereichen und Gebäuden kosteneffizient, zeitlich flexibel und ortsungebunden ab.

CLAW wurde erfolgreich nach den **internationalen Standards IWA 14-1 und PAS68** getestet und ist somit ein

wichtiger Bestandteil des Sicherheitskonzeptes. Die modularen Systeme sind unkompliziert und schnell auf- und abgebaut, die Installation erfolgt komplett ohne Bodenarbeiten oder Verankerungen. **Im vielfältigen Kultur- und Freizeitleben von Städten und Kommunen ein entscheidender Vorteil.**

Dank der Modularität von CLAW ist die Anzahl der Konfigurationsmöglichkeiten nahezu unbegrenzt. Zum Beispiel als **Werbeträger mit LED-Bildschirm** oder Werbebanner. Aufgrund der Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten und der unaufdringlichen Gestaltung integriert CLAW sich unauffällig im öffentlichen Raum.

Unsere **Open Air Ausstellung** auf unserem Betriebsgelände



lädt zum Kennenlernen unterschiedlicher Sicherheitsbarrieren ein. Verschiedene Anlagen können auf unserem Gelände jederzeit besichtigt werden. Aus einem **Portfolio von zertifizierten Fahrzeugsicherheitsbarrieren** aus Eigenherstellung und Partnerprodukten stellen wir für Sie die optimale Anlage zusammen. Zusammen mit unseren Fachleuten bieten wir Ihnen von der Beratung über die Planung bis hin zur

Umsetzung und Instandhaltung alles aus einer Hand.

Volkmann Strassen- und Verkehrstechnik VR Gruppe

Hohe Straße 9-17
56410 Montabaur



☎ 02602/9470-0
✉ info@volkmann-sv.de
🌐 www.volkmann-sv.de

JOB-RADELN UND RÜCKENFITKURSE

Zu einer leistungsstarken Verwaltung gehören fitte Mitarbeiter. Die Verwaltung des Landkreises Viersen in Nordrhein-Westfalen setzt auf ein vielseitiges betriebliches Gesundheitsmanagement. „Die Mitarbeitenden dabei zu unterstützen, ihre Gesundheit zu erhalten und zu fördern, ist ein sehr wichtiges Ziel unserer Personalpolitik“, sagt Susanne Klemm, Abteilungsleiterin Personalentwicklung. Zum Angebot zählen Rückenfitkurse im Sportraum. Beliebt ist der jährliche Firmenlauf. Im Sommer findet die Aktion Jobradeln statt. Wer mindestens 20 Tage mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, nimmt an einer Verlosung teil. Fernpendler kombinieren den Arbeitsweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt abstellbare Fahrradboxen, eine Reparaturstation und eine Ladestation für E-Bike-Akkus. Über eine webbasierte Trainingsplattform können sich die Teilnehmer seit der Corona-Pandemie auch im Homeoffice in ihren Pausen fit halten.



FORTBILDUNG- ZU 1.200 THEMEN

Die bayerische Landeshauptstadt München ist Arbeitgeber für rund 42.000 Mitarbeiter, darunter 4.000 Führungskräfte und 1.200 Auszubildende. „Wir bieten sehr viele unterschiedliche Qualifizierungsformate an“, sagt Stefan Scholer, der die Aus- und Fortbildungsabteilung leitet. „Dabei setzen wir längst nicht mehr nur auf das klassische Seminar.“ So hat die Stadt neben Coaching auch die „Kollegiale Beratung“ eingeführt. Kollegen treffen sich selbstorganisiert, in der Anfangsphase moderiert vom Personalreferat. In kleinen Runden werden Führungsprobleme besprochen und Lösungen gefunden. Rund 30 städtische Mitarbeiter haben sich zum Coach qualifiziert. „Seit vielen Jahren experimentieren wir mit neuen Formen der Zusammenarbeit“, betont Scholer. Jährlich nehmen rund 22.000 Beschäftigte an etwa 1.900 Fortbildungsveranstaltungen teil, vieles wird digital angeboten. 2019 waren 1.200 Themen im Qualifizierungs-Angebot, im Corona-Jahr knapp 600. Beispiele? „Digital Leadership“, „Meine Gesundheit in Balance“ oder „Keep cool im Arbeitsalltag“.



STADTERNEUERUNG

SO GESTALTET VERWALTUNG DIE **STADT DER ZUKUNFT**

Während der Corona-Pandemie wurden für den Wettbewerb von Städten und Gemeinden die Karten neu verteilt. Am Beispiel einer fiktiven Kleinstadt in peripherer ländlicher Lage zeigt Gastautor Jürgen M. Boedecker, wie sich damit verbundene Chancen systematisch realisieren lassen.

Die Idee war goldrichtig! – Gelegentlich kommt Matthias dieser Gedanke, wenn er an das Jahr 2020 zurückdenkt. Während der Corona-Pandemie hatten die Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertretung und er als Bürgermeister die Weichen gestellt, um den Ort am See für Rück- und Zuzüge der nach 1980 geborenen Generationen attraktiver zu machen. Seitdem hat sich die Kleinstadt in peripherer Lage erneuert.

Erkennbar ist dies eine fiktive Geschichte, die einige Jahre vorausgreift. Aber sie hat einen wahren Kern. Denn das Virus veränderte ab März 2020 mittelbar auch die Rahmenbedingungen, unter denen sich deutsche Städte und Gemeinden entwickeln. Im Wettbewerb um Bewohner und Gäste, Arbeitskräfte und Investoren wurden die Karten neu verteilt.

Ursache war die rasante Digitalisierung von Bürotätigkeiten ab Beginn der Pandemie. Seitdem finden Arbeitnehmer für ihre Arbeit benötigte Daten und Informationen ortsunabhängig in der Cloud des Internets. Dort legen sie auch die Arbeitsergebnisse ab. Und durch neuartige Technologien wie „Zoom“ kommunizieren sie in Videokonferenzen online mit Kollegen, Kunden und Lieferanten. Zwar behielten die Firmen ihren Sitz in den Metropolen. Aber mit Investitionen in Hard- und Software ermöglichten sie vielen Mitarbeitern eine ortsunabhängige Tätigkeit. Homeoffice und „Smart Working“ machten für etwa die Hälfte der Erwerbstätigen tägliche Wege ins Unternehmen überflüssig. Die Menschen begannen ihre Lebenssituation individuell zu optimieren, da Pendeldistanzen an Bedeutung für die Wahl von Wohnort



und Wohnung verloren. Arbeitgeber standen dem offen gegenüber, um „mit dem Besten aus zwei Welten“ Talente, Fach- und Führungskräfte zu gewinnen und zu halten.

In unserer fiktiven Geschichte wollte Matthias diese Entwicklungen für den Ort am See nutzen. In den Jahren vor 2020 hatte er mit Sorge beobachtet, dass junge Erwachsene die peripher gelegene Kleinstadt in Richtung der Metropolen verließen: „Dort gibt es einfach mehr und vor allem bessere Jobs. Tendenz steigend.“ Die Zurückbleibenden fragten sich dagegen immer drängender: „Lassen sich Erwerbs- und Versorgungsstrukturen, Wohlstand und Lebensqualität erhalten? Ist einer weiter alternden und multimorbiden Bevölkerung zukünftig ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinde möglich?“

Matthias brachte dies alles zur Sprache, als er sich im Herbst 2020 mit den Fraktionsvorsitzenden für einen Gedankenaustausch zu Stadtplanung und -entwicklung traf. Bald herrschte in der Runde Einigkeit, dass der Ort am See mehr Rück- und Zuzüge aus den nach 1980 geborenen Generationen brauche. Dafür bestünden durch die Digitalisierung reale Chancen. In der Presse sei bereits von peripheren „Zoom-Orten“ zu lesen, deren Einwohnerzahlen durch „Smart Worker“ stiegen. Offenbar bestand bei den Menschen Interesse, neu gewonnene Freiheiten zu nutzen. Also ein guter Zeitpunkt, die bisherige Stadtentwicklung zu überdenken.

Die Diskussion ergab aber auch, dass es mit dem Ausweis von Baugebieten zukünftig nicht mehr getan sein würde. Der Ort am See müsse „an vielen Schrauben gleichzeitig drehen.“ Neben die Erfüllung von Pflichtaufgaben der Bauleitplanung solle eine Art zielorientiertes Innovationsmanagement für eine integrierte Stadterneuerung treten. Entsprechend beschlossen Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende, sich regelmäßig zu treffen. Als Lenkungsgruppe wollten sie Konzepte

Jürgen M. Boedecker ist Senior von Boedecker.Colleagues Strategie und Kommunikation und darauf spezialisiert, Strategien zu entwickeln und zu implementieren.



anstoßen, Kontakte zu Verwaltung und externen Fachleuten halten, Vorlagen für die Gemeindevertreter erstellen sowie Entwicklungen kritisch hinterfragen.

Seinen Durchbruch schaffte das Innovationsprojekt, als die Runde in den folgenden Wochen das Thema aus Sicht von rück- und zuzugsinteressierten „Smart Workern“ beleuchtete. Was musste der Ort am See unternehmen, um zumindest deren Aufmerksamkeit und Interesse zu finden? Und wie wären Entscheidungen positiv zu beeinflussen und nachhaltig zu realisieren?

Die in den Metropolen durch steigende Mieten, beengte Wohnverhältnisse, Komplexität und Anonymität bestehende „Stadtmüdigkeit“ fördere den Wunsch nach einem neuen Lebensumfeld. Für einen Rück- oder Zuzug im Ort am See sei dies aber nicht hinreichend, meinte Lana, die Jüngste in der Runde. Rund 90 Prozent der Fläche Deutschlands sei mit lockerer Wohnbebauung, geringer Siedlungsdichte, Land- und Forstwirtschaft ähnlich ländlich geprägt wie ihre Kleinstadt. Auch

würden Metropolen, Städte und Gemeinden in den Speckgürteln natürlich auf ein durch Homeoffice und „Smart Working“ verändertes Nachfrageverhalten reagieren.

Lana schlug daher vor, die Stadterneuerung solle sich an den Zielen Wohlstand und Lebensqualität orientieren, diese Nutzenangebote optimieren sowie erlebbar machen. Neben passendem Immobilienangebot seien schnelles Internet, leistungsfähiger Mobilfunk, Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder sowie die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Gesundheits- und anderen Dienstleistungen quasi Basisfaktoren, damit die Kleinstadt bei „Smart Workern“ überhaupt als Wohn- und Arbeitsort in Betracht komme. Denn nur so könnten diese arbeitsfähig bleiben, Einkommen und Wohlstand erzielen.

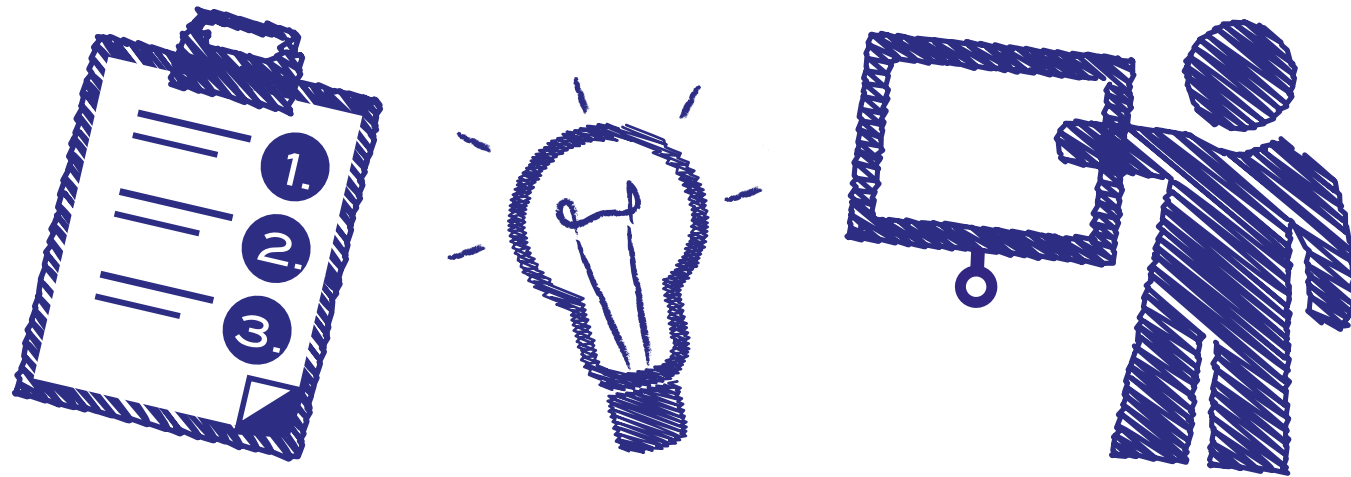
In der Runde schien dies plausibel, zumal der Ort am See nie den Anschluss an die allgemeine Entwicklung verloren hatte. Längere Diskussionen kreisten dagegen um die Frage der Lebensqualität. Die Kleinstadt habe aufgrund von Landschaft sowie Sport- und Freizeitangebot doch schon eini-

Die Menschen beginnen, ihre Lebenssituation individuell zu optimieren.“

ges zu bieten. Aber insbesondere Lana erschien dies nicht genug. „Wer ohne zwingenden Grund seinen Wohnsitz verlagert, der fragt sich: Ist das die Gemeinde, in der ich den Rest meines Lebens verbringen möchte? Fühle ich mich immer wohl, geht es mir in jeder Beziehung gut?“

Einige Alteingesessene hatten sich diese Fragen noch nie ernsthaft gestellt. Doch auch dadurch wurde deutlich, dass Lebensqualität entscheidend mit den Menschen vor Ort, mit Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten, mit Vertrauen und Geborgenheit zusammenhängt. Für Matthias zunächst überraschend, standen dann plötzlich Begriffe wie „Identität“ und „Heimat“ im Raum. Am Ende war sich die Runde einig: Ähnlich einem guten Freund solle der Ort am See eine Persönlichkeit entwickeln, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Einklang bringe. Insbesondere müsse das historische Stadtzentrum neu interpretiert werden. Durch Wohnen und Arbeiten, Dienstleistungen und Freizeitangebote solle es wieder zum Herz werden und Erlebnispotenziale bieten.

Diese Entscheidungen erleichterten in den Folgejahren viele Einzelaktivitäten: Noch während der Pandemie konnte das Fitnessstudio einen Teil seiner Trainingsangebote in die meist ausgestorbene Fußgängerzone verlagern. In der ehemaligen Bankfiliale gegenüber vom Rathaus entstand ein Coworking-Space mit angeschlossenem Bistro, im leerstehenden Ladengeschäft nebenan eröffnete eine private Kita. Ein revolvierender Stadtentwicklungsfonds übernahm den Umbau dieser und anderer Schlüsselimmobilien zu „Green Buildings“. Immobilienbörse und Mentoren erleichterten Zuzugsinteressierten und Investoren die Orientierung. Fast nebenbei wurde ein großer Parkplatz zum urbanen Park. Und generationsübergreifend ist sich die Bevölkerungsmehrheit im Ort am See inzwischen einig: Die Entwicklung seit 2020 war goldrichtig! 📌



TIPPS

ERFOLGREICH AUSBILDEN – SO FUNKTIONIERT ES!

Ausbilder in der öffentlichen Verwaltung sollen die Potenziale der Mitarbeiter erkennen und fördern. KOMMUNAL-Gastautor Marco Weißer räumt mit verbreiteten Irrtümern auf und gibt Tipps für den Umgang mit Nachwuchs-Kräften.

Wenn man an Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung denkt, funkeln bei den wenigsten jungen Menschen die Augen. Viele vermuten, dass in der Verwaltung alles trocken und langweilig ist. Aber dem ist nicht so. Ausbildung kann toll sein, Ausbilder können hier die Goldlotsen (für den Nachwuchs) und die Goldgräber (für die Verwaltungen) sein, um das Beste für beide Seiten „rauszuholen“. Aber Ausbildung fristet vielerorts immer noch ein Schattendasein, es ist häufig das Stiefkind bei den Personalthemen. Gibt es aber Spannenderes, als junge Menschen auf den Weg in eine eigene Zukunft, in die Selbständigkeit zu begleiten; zu sehen, wie sie sich entwickeln, aus sich herausgehen?

Oft fehlt es in der Praxis an Zeit, sich mit dem Nachwuchs beschäftigen zu können, weil es meist eine zusätzliche Aufgabe ist, neben Sachbearbeitung oder aber Abteilungsleitung. Hinzu kommt, dass die Ausbilder nicht verlässlich wissen, worauf es wirklich ankommt.

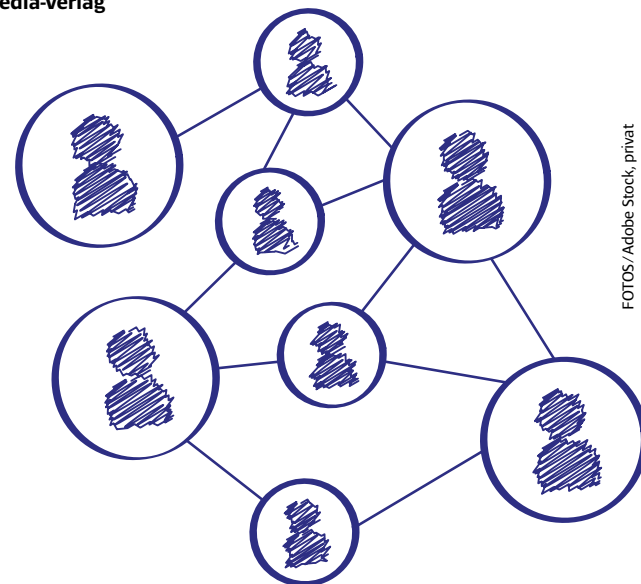
Methoden sind das „Salz in der Ausbildungssuppe“, lautet ein oft gehörter Spruch. Dies ist jedoch nicht so. Es gibt aus zahlreichen Fachdisziplinen Forschungsergebnisse darüber, welche Faktoren



„Die selten beherrschte Kunst der richtigen Ausbildung“, public-book-media-Verlag



„Erfolgreich ausbilden“, das Buch für Eilige, in der 30-Minuten-Reihe im GABAL-Verlag



FOTOS/Adobe Stock, privat

für einen Erfolg einer sogenannten Abhängigkeitsbeziehung maßgebend sind. Es sind nicht die Ausbildungsmethoden; diese stehen mit 15 Prozent erst an dritter Stelle, wie auch die Placebos Hoffnung und Erwartung. Die wichtigste Stellgröße ist mit 40 Prozent der Auszubildende selbst, der sich einbringt, sich engagiert, sich sicher fühlt und wertgeschätzt. An zweiter Stelle steht die Beziehung zwischen Ausbilder und Auszubildendem mit 30 Prozent.

Wenn aber die Beziehung nicht gelingt und der Auszubildende sich wegen eines ungünstigen Umfelds nicht so einbringt wie er könnte, dann nutzt es nichts oder wenig, wenn der Ausbilder über alle Ausbildungsmethoden verfügt, die es so gibt. Zu 70 Prozent kommt es nämlich auf die anderen Erfolgsfaktoren an.

Neben einer gelingenden Beziehung, die das Fundament für einen Lernprozess darstellt, ist ein angstfreies und fehlertolerantes Klima in der Ausbildung besonders wichtig. Die Forderung nach einem solchen Umfeld ist nichts Neues und dennoch scheint es in der Praxis nicht zu funktionieren. Der Hirnforscher Gerald Hüther hat in Bezug auf den schulischen Kontext ausgeführt, dass jede Art von Verunsicherung, Angst und Druck im Gehirn zu



Marco Weißer hat ein Papier mit dem Titel „Lernen in der Kommunalverwaltung – Rahmenbedingungen, Zugangswege und praktische Ideen für eine erfolgreiche Ausbildung“ verfasst.

Hier finden Sie die Publikation:



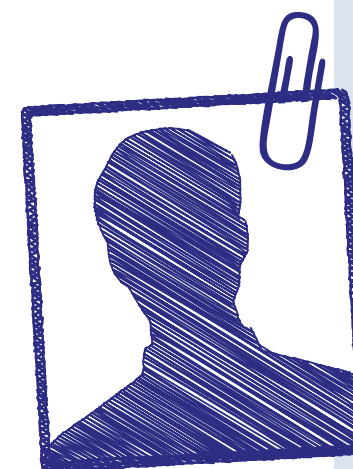
Unruhe und Erregung führt und dann nichts Neues mehr hinzulernt werden kann. Die Nachwuchskräfte müssen das Gefühl haben, dass sie Fehler machen dürfen. Feedback ist allerdings wichtig!

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die jungen Mitarbeiter müssen in bereichernden Lernkontexten agieren können. Sie sollen Aufgaben übertragen bekommen, an denen sie wachsen, sich entwickeln können. Natürlich gehören einfache Tätigkeiten wie Ergänzungslieferungen einsortieren oder Altakten neu ordnen dazu, aber bitte nicht dauerhaft, denn nur bei neuen und herausfordernden Aufgaben reagiert das Gehirn mit der Herstellung neuer Verbindungen und ist nicht vom täglichem Einerlei gelangweilt. Wenn Letzteres der Fall ist, so die Autorin Wendy Suzuki, verkümmern vorhandene Verbindungen und das Gehirn schrumpft.

Kurzum: Die Ausbildung in der Kommunalverwaltung ist alles andere als schwarz, grau oder weiß. Sie ist bunt. Oder – um sich an dieser Stelle eines Zitats des Architekten und Bauhaus-Begründers Walter Gropius zu bedienen: „Bunt ist meine Lieblingsfarbe.“ Bei diesem bildhaften Vergleich sind die Ausbilder die Maler und die einzelnen Ausbildungsberufe und -inhalte die verschiedenen Farben. Wir müssen sie nur strahlen lassen. 📌

PRAKTISCHE TIPPS FÜR AUSBILDER

Lernen durch intuitives Erkunden. Hierbei wird insbesondere die Aktivitäts- und Handlungskompetenz als auch die sozial-kommunikative Kompetenz geschult. **Lernen durch Juniorsachbearbeitung,** bei dem die Nachwuchskräfte in die Rolle des Sachbearbeiters schlüpfen. Darüber hinaus können auch destruktive anmutende Lern-Ideen dazu führen, dass sowohl die Ausbilder als auch die Nachwuchskräfte etwas lernen. **Lernen durch „Wie etwas nicht geht-Denken“.** Dabei wird überlegt, was man alles tun muss, um auf jeden Fall zu scheitern. Wenn alle Ideen gesammelt sind, werden diese Ideen vollständig ins Gegenteil verkehrt. Es ist letztlich eine paradoxe Intervention und auch hierbei wird gelernt, sogar beide Seiten einer Medaille.



GESUNDHEIT

ERFOLGSPROJEKT „BEWEGUNG IN DIE DÖRFER“

Im Alter so lange wie möglich selbstständig zu bleiben – das wünschen sich die meisten. Mit gesundheitsfördernden Konzepten können Kommunen aktiv dazu beitragen. Besonders erfolgreich ist dabei der Landkreis Mayen-Koblenz in Rheinland-Pfalz.

Von MICHAELA ALLGEIER

Freude an der Bewegung und Begegnung zu schaffen – das gelingt dem Landkreis Mayen-Koblenz mit einem sportlichen Projekt. Die Anerkennung bleibt nicht aus: Die rheinland-pfälzischen Sozialversicherungsträger zeichneten „Bewegung in die Dörfer“ mit dem Innovationspreis für Prävention und Gesundheitsförderung aus. „Unser Ziel ist es, dabei auch diejenigen zu erreichen, deren Bewegungsfähigkeit im Alltag bereits eingeschränkt ist“, betont Projektleiterin Lea Bales von der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz.

Die Ursachen für derartige Probleme reichen von Erkrankungen wie Arthrose oder Rheuma über eine verminderte Seh- oder Hörfähigkeit bis hin zu einer beginnenden Demenz. Ängste vor einem Sturz kommen oft hinzu. Verringert sich die Mobilität immer mehr, kann dies im schlimmsten Fall eine Pflegebedürftigkeit begünstigen. Dem gilt es rechtzeitig vorzubeugen.

Auf den erhobenen Zeigefinger verzichtet man dennoch bewusst. „Die Freude an der Bewegung und an der Begegnung mit anderen steht bei uns im Mittelpunkt“, erklärt Lea Bales den niedrigschwelligen Ansatz des Projekts. „Es geht nicht nur darum, dass ältere Menschen ihre körperliche und geistige Fitness verbessern. Wer an den Übungen teilnimmt und dabei neue Kontakte knüpft, tut zugleich etwas für sein psychisches Wohlbefinden.“ Seit der Auftaktveranstaltung im April 2016 ist es gelungen, in 32 Gemeinden des Landkreises

„Die Freude an der Bewegung und an der Begegnung mit anderen steht bei uns im Mittelpunkt.“

Projektleiterin **Lea Bales**



Mayen-Koblenz eine Bewegungsgruppe zu gründen. Die Zahl der teilnehmenden Seniorinnen und Senioren ist inzwischen auf 400 gestiegen. Überwiegend sind sie zwischen 70 und 80 Jahren alt. „Sogar einige 90-Jährige machen mit“, freut sich Lea Bales. Als Initialzündung diente eine Kampagne, die das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium vor fünf Jahren auf den Weg gebracht hat. „Ich bewege mich – mir geht es gut“ – lautet das Motto. Der öffentliche Raum mit seinen Grünflächen, Parks und Wegen soll zum Bewegungsraum werden. Grundsätzlich sind alle Altersgruppen angesprochen. Im Fokus steht jedoch insbesondere die ältere Generation. Im Oktober 2020 hat das „GKV-Bündnis für Gesundheit“, eine gemeinsame Initiative der Gesetzlichen Krankenkassen, die Projektförderung übernommen.

Das Herzstück besteht in der kostenlosen Qualifizierung der ehrenamtlichen Bewegungsbegleiter.

Bei dieser Aufgabe kooperiert die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz mit dem Landessportbund Rheinland-Pfalz und den drei großen rheinland-pfälzischen Turnerbünden. In den Schulungen lernen die Teilnehmer, wie man einfache und sichere Übungen durchführt und wie man Alltagskompetenzen fördert. Zusätzlich erhalten sie einen Trolley mit Übungs- und Bewegungsmaterial, beispielsweise Bälle und Tücher. Im Landkreis Mayen-Koblenz sind inzwischen 70



TIPPS FÜR ANDERE KOMMUNEN

- Alle Akteure, auch Sportvereine sowie Bürgermeister, einbinden
- Lokale Bedingungen vorab eingehend prüfen
- Öffentlichkeitsarbeit zielgruppenorientiert gestalten

DIE VORTEILE VON „BEWEGUNG IN DIE DÖRFER“

- Kostenlose Teilnahme
- Keine Verpflichtung
- Bewegung im Freien
- Interessantes Aktionsfeld für Ehrenamtliche

Bewegungsbegleiterinnen und Bewegungsbegleiter aktiv. Die Landeszentrale für Gesundheit sorgt außerdem dafür, dass die Kampagnenidee in den Landkreisen bekannt wird und leistet die nötige Aufbauarbeit. Dreh- und Angelpunkt sind die örtlichen „Runden Tische“. Ihr Zweck ist es, dass sich engagierte Ehrenamtliche, Vereine, Initiativen, Institutionen und Einzelpersonen in den einzelnen Gemeinden zusammensetzen, um Bewegungsangebote zu planen.

Zunächst gilt es, die lokalen Voraussetzungen zu prüfen. „Beispielsweise muss man darauf achten, dass Grünflächen gut erreichbar sind und keine großen Steigungen aufweisen.

Und bei schlechtem Wetter sollten zusätzlich barrierefreie Räumlichkeiten im Ort als Ausweichmöglichkeit verfügbar sein.“ Es habe sich bewährt, die Ortsbürgermeister zu solchen Gesprächen einzuladen, unterstreicht die Projektleiterin. „Sie kennen die Strukturen und sind unverzichtbare Türöffner.“ Außerdem werden die Möglichkeiten diskutiert, wie man die Zielgruppe am besten erreichen kann.

„Meist ist es sinnvoll, die Vorstellung eines neuen Bewegungsangebots mit praktischen Übungen zu verbinden. Dann wissen Interessierte gleich, wovon man spricht.“ Dass alle Angebote kostenfrei sind, ist ein zusätzlicher Pluspunkt, der vielen Älteren den Zugang erleichtert.

Damit sich örtliche Netzwerke über die Gemeindegrenzen hinaus austauschen können, lädt die Kreisverwaltung einmal im Jahr zu einem landkreisweitem „Runden Tisch“ ein. Dabei wird immer wieder deutlich, dass es keine Patentrezepte gibt. „Was in einem Ort möglich und umsetzbar ist, funktioniert nicht automatisch auch im Nachbarort“, stellt Lea Bales fest. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal ist die Zusammensetzung einer Gruppe. In einigen ist der Anteil von Menschen mit Demenz größer, in anderen wiederum der Anteil der Jüngeren. Das muss man bei der Auswahl der Übungen berücksichtigen. Trotzdem kann jeder von den Erfahrungen der anderen profitieren, zum Beispiel bei der Gestaltung spezifischer Übungseinheiten für fittere Senioren.

Die intensiven Netzwerkaktivitäten rund um das Projekt haben sich auch positiv auf eine altersgerechte Gestaltung der Infrastruktur ausgewirkt. So



FOTOS/ Daniel Klein, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz



hat die Kreissparkasse Mayen jeder Gemeinde in ihrem Geschäftsgebiet eine sogenannte Seniorenbank gesponsert. Diese verfügt über eine erhöhte Sitzfläche, eine ergonomische Rückenlehne sowie über Arm- und Fußstützen und erleichtert somit das Aufstehen. Inzwischen haben vor Ort mehrere private Unternehmen dafür gesorgt, dass weitere Gemeinden im Landkreis eine solche Bank bekamen.

Es war möglich, das Projekt nach dem ersten Lockdown im August fortzuführen, wenn auch mit Einschränkungen und zusätzlichem Arbeitsaufwand. Dass die Übungen größtenteils im Freien stattfinden können, hat sich als großer Vorteil



erwiesen, weil dies das Infektionsrisiko verringert. „Anfangs musste ich die Senioren allerdings häufig daran erinnern, die Maske beim Verlassen des Stuhls aufzusetzen, den Sicherheitsabstand einzuhalten und die Hände zu desinfizieren“, schildert Nicole Leimig-Nelius, Bewegungsbegleiterin in St. Sebastian, „aber nach einer Weile funktionierte es reibungslos.“ Die Landeszentrale für Gesundheit stellte während der letzten Monate sicher, dass die Bewegungsbegleiter regelmäßig über die jeweils geltenden Hygieneschutzverordnungen informiert wurden. „Trotz aller Erschwernisse überwog die Freude, dass ein Stück Normalität zurückgekehrt war“, so der Eindruck von Lea Bales. Viele Ältere hätten sehr darunter gelitten, dass ihre Kontaktmöglichkeiten so stark eingeschränkt waren.

Umso größer sei die Enttäuschung darüber gewesen, dass die Angebote wegen des zweiten Lockdowns seit November erneut nicht stattfinden können. Gemeinsam hoffe man, in naher Zukunft wieder starten zu können. 

FOTOS: Karl Gunkel, Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

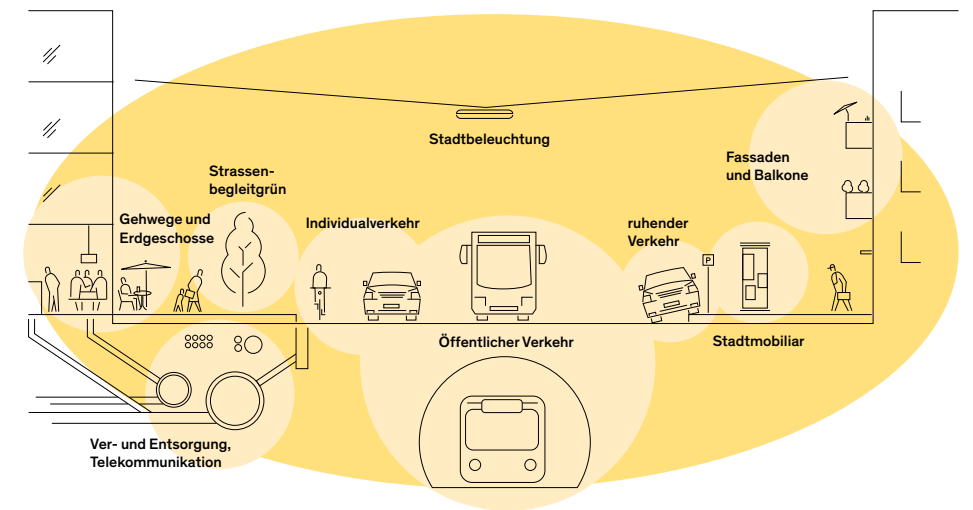
BAUKULTUR

FACHÄMTER FÜR ÖFFENTLICHE RÄUME

Öffentliche Räume stellen die zentrale Ebene kommunaler Daseinsvorsorge dar, prägen unsere Gemeinden und sind zentrales stadtpolitisches Handlungsfeld, gerade in Zeiten der Corona-Pandemie. Geteilte Zuständigkeiten führen hier zu gering ausgeprägten Verantwortlichkeiten. „Das sind wir nicht!“ ist eine übliche Floskel, wenn es um Nachfragen zum Zustand öffentlicher Räume geht. Es gibt häufig weder zentrale Interessenvertretungen, noch Ansprechstrukturen – es fehlt im Sinne einer ergebnisorientierten Abwägung eine Lobby für öffentliche Räume. Dabei sind die Voraussetzungen für eine gute und koordinierte Aufgabenwahrnehmung im Bereich öffentlicher Räume für die Gemeinden mehr als günstig: der Grundbesitz und alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Steuerungsinstrumente sind gegeben. Im Verhältnis zu Privaten sogar über Sondernutzungsrechte. Gute Lösungen für öffentliche Räume entstehen vor allem im Austausch. Die Verantwortlichen für Verkehrsflächen und -anlagen, das öffentliche Grün, den Wasserbau, die Verkehrsbetriebe und Stadtwerke sollten gemeinsam das Ziel verfolgen, lebendige öffentliche Räume zu schaffen und zu unterhalten. Die Entscheidungen zu Zielkonflikten sollten einer Ressortzuständigkeiten überschreitenden Verwaltungseinheit übertragen werden, einer Projektorganisation für öffentliche Räume. Manche Kommunen bündeln diese Zuständigkeiten bereits in

FOTO: © Bundesstiftung Baukultur/ Andreas Meichsner, Grafik: © Bundesstiftung Baukultur/ Heilmann + Schwantes

Sektorales Denken aufbrechen
Zuständigkeiten im öffentlichen Raum
bereichsübergreifend koordinieren
Bundesstiftung Baukultur 2020



Bahnhofsvorplatz in Erfurt mit Seilleuchten

einer Hand. Die Stadt Nürnberg etwa fasst im „Servicebetrieb Öffentlicher Raum“ Aufgaben von Verkehrs- und Grünanlagen bis hin zur öffentlichen Beleuchtung zusammen. Und Hamburg hat auf Bezirksebene die „Fachämter Management des öffentlichen Raumes“ eingerichtet.

In größeren Städten stehen Lenkungsgruppen für Planung, Bau und Unterhaltung öffentli-

cher Räume mit einer entscheidungskompetenten Leitung zunehmend auf der Tagesordnung. Zur Kommunikation untereinander und nach außen sind sie im Grunde unverzichtbar. Außer den Fachressorts sollten dabei auch die Politik, die lokale Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Akteure mit am Tisch sitzen. Ein baukulturell sichtbares Zeichen für eine gelungene Zusammenarbeit in

öffentlichen Räumen sind zum Beispiel Seilleuchten. Sie beeinträchtigen den Straßen- und Platzraum nicht durch Masten und leuchten ihn angenehm aus. Voraussetzung für die Umsetzung ist aber eine enge Kooperation mit den Anliegern, die die Seilverankerung an ihren Gebäuden dulden müssen. Denken Sie also die öffentlichen Räume vom Ergebnis her und machen Sie für Ihrer Kommune den Seilleuchtestest.

www.bundesstiftung-baukultur.de

Die Stiftung tritt als unabhängige Einrichtung für qualitativ volles Planen und Bauen ein. Sie verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit für die gebaute Umwelt als wesentlichen Faktor für Lebensqualität zu sensibilisieren und das Thema Baukultur in den Kommunen und Ländern zu stärken.



PERSONENBEFÖRDERUNGSGESETZ

DIE MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Per App buchbare Fahrgemeinschaften, sogenanntes Ridesharing, soll Bestandteil des Personenbeförderungsgesetzes werden. Wichtig ist das auch für Bürgerbusse auf dem Land. Wirksam gesteuert, könnte buchbare Mobilität einen Beitrag zur Verkehrswende leisten, meint unser Gastautor Jan Strehmann.

Nach mehreren Jahren öffentlicher Diskussion und rechtlicher Auseinandersetzungen brauchte es eine Findungskommission, um einen politischen Kompromiss für die anstehende Novelle des Personenbeförderungsgesetzes zu erzielen. Demnach sollen sowohl die Chancen der Digitalisierung als auch die Verkehrsverhältnisse in den Städten und Gemeinden im Blick behalten werden. Genau dieser Spagat muss gelingen, damit durch die Zulassung App-basierter Fahrdienste Mobilität leichter gebündelt wird und nicht nur zusätzliche Verkehre in den Innenstädten entstehen. Der nun vom Bundeskabinett verabschiedete Regierungsentwurf der Gesetzesnovelle befindet sich jetzt in der parlamentarischen Debatte und soll noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluss kommen. Die sich abzeichnende Reform ist nicht der von vielen erhoffte große Wurf, aber ein erster Schritt für ein modernes Verkehrsangebot.

Die neuen Verkehrsformen sollen im Personenbeförderungsgesetz klar definiert und voneinander abgegrenzt werden. Das schafft Planungssicherheit für alle Akteure und lässt ein Ende der Pilotphasen und Experimente erhoffen. Ob das Katz- und Maus-Spiel vor den Gerichten über die

» Wer Fahrgäste zum Umstieg bewegen will, muss durchgängig digital buchbare Reiseketten ermöglichen und Echtzeitinformationen liefern.«

Einhaltung von Rückkehrpflichten oder Flottengrößen ein Ende findet, hängt von der Klarheit der neuen Regelungen ab. Aus Sicht der Kommunen besteht hier noch deutlicher Nachbesserungsbedarf. Ridepooling wird künftig als Teil des ÖPNV, wie das Angebot „BerlKönig“ der Berliner Verkehrsbetriebe, zum so genannten „Linienbedarfsverkehr“ und außerhalb des ÖPNV durch private Unternehmen zum „gebündelten Bedarfsverkehr“. Auch soll die Schwelle für genehmigungsfreie Mitnahmen im Gesetz verankert werden. Das wäre ein echter Gewinn und könnte mehr Rechtssicherheit für Bürgerbusse im ländlichen Raum schaffen, die keine kommerziellen Interessen verfolgen.

Zudem soll es einen klaren Rechtsrahmen für die viel diskutierte Mietwagenverkehre wie beispielsweise UBER geben. Während ÖPNV-integriertes Ridepooling den Anforderungen des ÖPNV wie Tarifsystemen, plus gegebenenfalls Komfortzuschlag, unterliegt, gibt es erweiterte Spielräume für private Ridepooling-Anbieter. Diese sind zwar zunächst von der Rückkehrpflicht befreit, sollen jedoch einen zu bestimmenden Besetzungsgrad erreichen. Bei Bedarf soll unter anderem auch eine tarifliche Abgrenzung zum ÖPNV erfolgen. Für die Mietwagenverkehre soll die Rückkehrpflicht beibehalten werden. Die digitale Bestellung

einer Fahrt wird erleichtert. Wichtig ist nun, dass Kommunen die Verkehrsentwicklung auch effektiv steuern können. Damit die von allen Akteuren erhoffte Rechtssicherheit geschaffen wird, müssen die vorgesehenen Regelungen zur Steuerung und Kontrolle der Anbieter praxisnah und unmissverständlich beschrieben werden. Die Anbieter sollten relevante Daten wie Routen, Anzahl und Besetzungsgrad der eingesetzten Fahrzeuge den zuständigen Genehmigungsbehörden direkt übermitteln müssen. Vorgaben zum Besetzungsgrad könnten gewährleisten, dass Ridepooling-Fahrzeuge letztlich nicht doch nur einzelne Fahrgäste befördern. Damit würde schließlich dem verkehrspolitischen Ziel, Autofahrten zu bündeln, nicht gerecht. Gradmesser für die Städte und Gemeinden ist, durch einen effizienteren Verkehr Staus zu vermeiden und die Lebensqualität im öffentlichen Raum zu steigern. Insbesondere wenn absehbar ist, dass neue Angebote die Funktionsfähigkeit des ÖPNV bedrohen, sollten diese auch versagt werden können. Dazu muss der zurzeit noch unzureichend definierte Begriff der Verkehrseffizienz auch im

Jan Strehmann ist Referatsleiter Mobilität und Wirtschaft beim Deutschen Städte- und Gemeindebund



Gesetz unmissverständlich ausgefüllt werden. Eine wirksame Kontrolle muss zudem handhabbar sein für die Kommunen. Was wir nicht brauchen, ist ein Aufwuchs von Personal, Kontrollbürokratie und juristischen Auseinandersetzungen.

Innovation ist wichtig und gerade im öffentlichen Verkehr braucht es einen Digitalisierungsschub, nicht zuletzt getrieben durch die Coronapandemie. Wer Fahrgäste zum Umstieg bewegen will, muss heutzutage seine Angebote leichter zugänglich machen, durchgängig digital-buchbare Reiseketten ermöglichen und Echtzeitinformationen liefern. Nur mit attraktiven Tarifen und einer hohen Verfügbarkeit an nachhaltigen Mobilitäsalternativen kann die Verkehrswende gelingen.

Das neue Personenbeförderungsgesetz könnte nun ermöglichen, dass flexible und smart organisierte Fahrgemeinschaften auch diejenigen Menschen abholen, denen bislang nur die Mitfahrbank blieb. Klar ist aber auch: die kontrollierte Marktöffnung ist ein Experiment und sollte nachgesteuert werden, wenn sich Fehlentwicklungen zeigen. ❗

KOMMUNALSTELLENMARKT

TOP-JOBS DES MONATS

STADT KEMPTEN (ALLGÄU)
 > **PROJEKTLEITUNG DES GROSSPROJEKTS SANIERUNG/ERWEITERUNG BERUFSSCHULZENTRUM (M/W/D)**
 KEMPTEN

KEA KLIMASCHUTZ- UND ENERGIEAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH
 > **PROJEKTMANAGER/IN EDV, CRM-SYSTEME UND DIGITALE KOMMUNIKATION (M/W/D)**
 KARLSRUHE, STUTTGART

ERZDIÖZESE FREIBURG
 > **LEITUNG DER STABSSTELLE RISIKO-, COMPLIANCE-, PROZESSMANAGEMENT UND INTERNES KONTROLLSYSTEM (M/W/D)**
 FREIBURG

HBZ-HOCHSCHULBIBLIOTHEKSZENTRUM DES LANDES NRW
 > **SOFTWAREENTWICKLER*INNEN IM BEREICH OBJEKTORIENTIERTER PROGRAMMIERUNG (M/W/D)**
 KÖLN

TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN
 > **MEISTER ELEKTROTECHNIK (M/W/D)**
 OTTOBRUNN

LANDESBETRIEB MOBILITÄT RHEINLAND-PFALZ
 > **BAUINGENIEUR MIT FH-DIPLOM / BACHELOR-ABSCHLUSS DER FACHRICHTUNG BAUINGENIEURWESEN (M/W/D)**
 DIEZ

KREIS SEGEBERG
 > **PRÜFERIN/PRÜFER (M/W/D)**
 BAD SEGEBERG

BUNDESNACHRICHTENDIENST
 > **VERWALTUNGSFACHWIRT/-IN FÜR PERSONAL UND ORGANISATION (M/W/D)**
 BERLIN

Die vollständigen Stellenausschreibungen der Top-Jobs des Monats finden Sie unter stellenmarkt.kommunal.de

LAND

LEUTE

AUTOKINO

Kultur trotz Krise
organisieren

Seite 58

WINTERDIENST

Gurkenwasser statt
Streusalz

Seite 66

BÜRGERMEISTER DES MONATS

VOM POLIZISTEN ZUM BÜRGERMEISTER

Maik Strömer fordert mehr Ehrlichkeit in der Politik. Den Bürgern auch sagen, was nicht geht und was eine Kommune nicht leisten kann, ist wichtiger Teil des Amtes. Als Stadtoberhaupt von Oranienbaum-Wörlitz in Sachsen-Anhalt muss er diese Ehrlichkeit häufig an den Tag legen, denn die Finanzen der Gemeinde sind alles andere als rosig.

Von BENJAMIN LASSIWE

Er ist Bürgermeister mitten im Weltkulturerbe: Seit 2018 steht Maik Strömer an der Spitze der für ihre Barockgärten und Schlösser weltbekannten sachsen-anhaltischen Stadt Oranienbaum-Wörlitz. Einer Stadt, die größer ist, als es der Name denken lässt: „Oft glauben die Menschen, wir bestehen nur aus Oranienbaum und Wörlitz“, sagt Strömer. „Aber es gehören tatsächlich weitere acht Ortsteile dazu, die für die Stadt genau so wichtig sind.“ Und überall findet sich Historie. „Ich denke, man kann stolz darauf sein, dass Oranienbaum-Wörlitz im Bereich der anderen Welterbe, von der Lutherstadt Wittenberg bis zum Bauhaus in Dessau-Roßlau, gut mitspielen kann.“

Was bedeutet, dass der Tourismus einer von mehreren Wirtschaftszweigen ist, von denen die Kommune lebt. „Im letzten Jahr hatten wir im ersten Lockdown einen Ansturm auf den Park in Wörlitz“, sagt Strömer. „Wir hatten da Besucher, die von ganz weit herkamen, um die wunderbare Landschaft, mit viel Abstand zu anderen Menschen, zum Spaziergehen zu nutzen.“ Für die ortsansässigen Hoteliers und Gastwirte allerdings ist das ein schwacher Trost. Und auch die Stadt rechnet mit Einbrüchen bei der Gewerbesteuer. Strömer versucht, in so einer Situation für seine Bürger da zu sein. „Das Wichtigste ist, für den Bürger und den Unternehmer wie eine Art Sorgentelefon zu fungieren“, sagt Strömer. Für viele Dinge trage die Kommune zwar nicht die Verantwortung, aber gemeinsam könne man nach Lösungen suchen. Zum Beispiel, indem man Gastwirten die Gebühren für die Sondernutzungen ermäßige. Daneben ist Strömer der regelmäßige Austausch mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen wichtig. Dabei gehe es vor allem um einheitliche Auslegung der Corona-Regeln. Schon heute könne man den Bürgern kaum noch verständlich machen, was nun eigentlich gilt, sagt Strömer. „Als Kommune versuchen wir deswegen, so viel wie nur irgend möglich zu kommunizieren.“ Sowohl über die Homepage als auch mit den Ortsbürgermeistern.

„Wichtig ist es, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben.“ Behindert wird der Bürgermeister dabei allerdings von der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen in Sachsen-Anhalt. „Wir bräuchten Mittel, um unsere Pflichtaufgaben



„Das Wichtigste ist, für den Bürger und den Unternehmer wie eine Art Sorgentelefon zu fungieren.“

Maik Strömer, Bürgermeister von Oranienbaum-Wörlitz

in dem Maße zu erfüllen, dass der Bürger es auch wirklich sieht“, sagt Strömer. Das gelte etwa für die Reparatur von Gehwegen, Radwegen und Straßen. „Da sind wir so minimal ausgestattet, dass solche Projekte teilweise über einen sehr langen Zeitraum laufen müssen“, meint Strömer. „Da haben viele Bürger teilweise berechtigt kein Verständnis mehr dafür.“ Und auch die freiwilligen Aufgaben der Kommune würden unter der schlechten Finanzausstattung leiden – etwa die Unterstützung für Vereine. „Und wenn es darum geht, nach der Pandemie wieder für neuen Zusammenhalt in der Gemeinde zu sorgen, wird das Vereinsleben besonders wichtig werden“, blickt Strömer in die Zukunft. Doch mittlerweile reichen die Einnahmen der Gemeinde nicht mehr aus, um die pflichtigen Ausgaben zu decken. „Es gibt im ganzen Landkreis Wittenberg keine einzige Gemeinde mehr, die noch einen ausgeglichenen Haushalt hat.“

Dass er sich einmal um Kommunal Finanzen kümmern würde, hatte sich Strömer als 18-Jähriger wohl nicht gedacht. Damals fing er bei der Polizei in Sachsen-Anhalt an. Doch schon mit 22 ließ er sich in den Stadtrat wählen, so wie sein Großvater, der auch schon im Stadtrat saß. „Ich habe oft Dinge aufgeschrieben, die man aus mei-

ner Sicht verändern musste“, erinnert sich Strömer. „Und dann kam mir die Idee, das doch auch selbst mal zu machen.“ Von seiner Tätigkeit und seinen Erfahrungen bei der Polizei profitiert er freiwillig auch als Bürgermeister. „Befehlsstrukturen, Organisation und Menschenführung spielten dort eine große Rolle. Und ich glaube, auch im Rathaus ist es enorm wichtig, dass man weiß, wer welche Kompetenz auch im Rathaus hat und dass man klar kommuniziert, welche Ziele erreicht werden sollen.“ Das habe nichts mit „Befehlston“ zu tun, betont der Bürgermeister. „Aber schon damit, dass jeder klar weiß, wofür er im Amt verantwortlich ist und was erledigt werden muss.“

Was für Strömer einen idealen Bürgermeister ausmacht? „Vor allem Transparenz und Ehrlichkeit“, sagt Strömer. „Mir ist wichtig, dass man mit allen Menschen, auch in den Unternehmen, immer offen und ehrlich umgeht.“ Doch das Stadtoberhaupt von **Oranienbaum-Wörlitz** schränkt ein: Das bedeute nicht, dass man alle Wünsche umsetze, die an den Bürgermeister herangetragen werden. „Es gehört auch zur Ehrlichkeit und Transparenz, dass man sagt, welche Dinge nicht umsetzbar sind, oder was die Kommune auch nicht selbst beeinflussen kann“, sagt Strömer. „Es geht am Ende darum, dem Bürger die Dinge so zu erklären, wie sie tatsächlich sind.“



FOTOS/ privat



KULTUR

KOMMUNE KANN AUTOKINO

In der Coronakrise schlug die Stunde der Autokinos. Im Westerwald trat eine Kommune selbst als Veranstalterin auf. Tipps für Kommunen, die in diesem Frühjahr ähnliche Projekte planen wollen.

Von SILVAN HEINZE

Motor aus, Film ab – mit Beginn der Coronakrise erlebte das Autokino in diesem Sommer ein Comeback. In zahlreichen Städten und Gemeinden war Filmgucken durch die Windschutzscheibe wieder angesagt. Denn die Menschen blieben im eigenen PKW, die Gefahr, in der Menge andere anzustecken, bestand nicht.

Die neu eröffneten Autokinos boten nicht nur Filmkunst an. Schauspieler auf der Leinwand wechselten sich mit Künstlern live auf der Bühne ab. Das Programm reichte von Konzerten, Comedy bis hin zu Gottesdiensten. Davon profitierten alle. Die Bürger, die während des Lockdowns gar nicht mehr ins Kino durften und die Kulturschaffenden, die wegen der Corona-Ansteckungsgefahr nicht vor Publikum auftreten durften.

Das „Wäller Autokino“ in Altenkirchen im nördlichen Westerwald zog in der vergangenen Saison 6.000 Besucher an. Rund 125.000 Euro kostete der von der Kommune ermöglichte Kinossommer.

Seien Sie mutig, denken Sie über den Tellerrand hinaus!

Fred Jüngerich, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenkirchen



Finanzielle Unterstützung im vierstelligen Bereich bekam das Projekt unter anderem vom Kulturfonds „Kultursommer“ des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Verbandsgemeinde Altenkirchen-Flammersfeld im nördlichen Rheinland-Pfalz arbeitete als Kommune mit den Veranstalterprofis vor Ort zusammen – dem Geschäftsführer eines regionalen Getränkehandels sowie dem einzigen Kinobetreiber in der Gemeinde. Der Kinobetreiber konnte zum Beispiel beim Antrag einer UKW-Frequenz bei der Bundesnetzagentur helfen, ohne die die Besucher im eigenen Auto keinen Audioempfang gehabt hätten.

Schon früh war klar: Andere Kommunen und externe Veranstalter der Region sollten in das Projekt einbezogen werden.

„In diesen ungewissen Zeiten war es der Kommune besonders wichtig, damit auch ein Zeichen für Öffentlich-Private-Partnerschaften und die kommunale Zusammenarbeit zu setzen“, betont Fred Jüngerich, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Altenkir-

FOTOS/Wäller Autokino, privat, Adobe Stock

SO SIEHT DAS GELUNGENE KONZEPT DES WÄLLER AUTOKINOS AUS

- Tickets können nur online über den Webshop gebucht werden. Die Preise variieren je nach Vorstellung. Der Erwerb von Speisen und Getränken ist nur online und nur in Verbindung mit einem gültigen Ticket möglich.
- Laut der Corona-Verordnung des Landes Rheinland-Pfalz ist das Aussteigen aus dem Auto während des Autokinobesuchs nur zum Toilettengang und im Notfall gestattet. In diesem Fall muss eine Schutzmaske getragen werden.
- Das Öffnen von Autotüren, Hupen und das Laufenlassen des Motors sind untersagt.
- Im selben PKW dürfen 5 Personen aus maximal 5 Haushalten sitzen.
- Der Ton wird über eine Radiofrequenz gesendet. Diese wird vor Vorstellungsbeginn auch nochmal auf der Leinwand angezeigt.
- Eine Platzreservierung ist aus technischen Gründen nicht möglich. Das Personal wird die Zuschauer vor Ort einweisen.
- Versprochen wird: Die Autobatterie hält einen Radiobetrieb von wenigen Stunden locker durch. Ein Autoradio benötigt selbst bei einer Leistung von 30 W in 2 Stunden nur rund 7 Ah. Sogar kleine Autobatterien verfügen über eine Kapazität von 45 Ah, die meisten über sehr viel mehr Leistung. Im Notfall wird Starthilfe gegeben.
- Über den Web-Shop können während der Veranstaltung Speisen und Getränke bestellt werden.
- Die Ticketkontrolle für die einzelnen Vorstellungen öffnet eine Stunde vor Beginn.
- Das Auto darf nicht höher als 2,10 Meter und nicht breiter als 2,50 Meter sein.
- Hunde sind im Autokino erlaubt, solange sie im Auto bleiben.

chen. Der Namen des „Wäller Autokinos“ wurde bewusst gewählt. Denn die „Wäller“, das sind die Bewohner des gesamten Westerwalds. Und genau für diese sollte das Autokino auch sein – nämlich für alle Menschen in der Region. Mit dem Programm wollte die Gemeinde ein „kulturelles Ausrufezeichen“ setzen, wie es Bürgermeister Fred Jüngerich es formuliert. In schwierigen Zeiten wollte sie den Menschen Abwechslung und Entspannung bieten.

Viel Planungszeit hatte das „Wäller Autokino“ nicht. „Normalerweise kann die Vorbereitung eines Marketingkonzepts schon mal ein halbes Jahr dauern“, so Rebecca Seuser, Sachbearbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Demografie bei der Verbandsgemeinde-Verwaltung. Was normalerweise einige Monate Planungszeit benötigt, bewerkstelligten die Verantwortlichen in nur wenigen Wochen – mit Erfolg! Nach Eingang der Projektgenehmigung Anfang Mai eröffnete die Kommune das Autokino in weniger als einem Monat.

„Wegen der Kürze der Zeit mussten wir sehr schnell agieren“, erinnert sich Projektleiter Eugen Schmidt aus Sicht der Verwaltung. Corona stellte die Verantwortlichen vor zusätzliche Herausforde-



Bürgermeister Fred Jüngerich mit Team auf der Bühne



Die wichtigsten Akteure des Kulturangebots kamen beim Eröffnungsabend des "Wäller Autokinos" zusammen.



rungen. Mit einem Projektteam im Rathaus konnte die Verbandsgemeindeverwaltung immerhin eine wichtige Schnittstelle für die behördlichen Genehmigungen bilden.

Die Öffentlichkeitsarbeit koordinierte die Gemeinde, weil sie schneller handeln konnte. Dazu gehörte auch das zielgruppenorientierte Bespielen von sozialen Medien wie Facebook und Instagram – ersteres für ein vergleichsweise älteres, letzteres für ein vergleichsweise jüngeres Publikum. Zudem war es wichtig, auf die Multiplikatoren der Region zuzugehen und die lokale Presse miteinzubeziehen.

Ein Augenmerk legten die Verantwortlichen auch auf Bürgernähe. Durch ihre aktive Öffentlichkeitsarbeit förderte sie die Interaktion und etablierte damit eine Feedbackkultur. Das war wichtig, denn nicht jede Veranstaltung war erfolgreich. Aber auch das gehöre dazu.

„Vier Wochen muten wie ein Festival an. Flexibilität war gefragt“, so Bürgermeister Jüngerich. Die zusätzliche Arbeit hätten die Kollegen gerne



6.000
Besucher zog das „Wäller Autokino“ in Altenkirchen im nördlichen Westerwald in der vergangenen Saison an.

gemacht. Für den Verwaltungsalltag war das Projekt eine gelungene Abwechslung.

Für die Planung eines kommunalen Autokinos empfiehlt die Verbandsgemeinde anderen Kommunen als ersten Schritt, den Dialog mit den regionalen Event-Veranstaltern und Kulturschaffenden zu suchen. „Was ist den Menschen vor Ort wichtig, und wie können sie sich den kulturellen Bereich in dieser besonderen Zeit vor Ort vorstellen? Und wie sähe deren Beteiligung daran aus?“, sind Fragen, die ihrer Meinung nach beantwortet werden müssen. „Partizipationsprozesse gemeinsam mit allen Akteuren gestalten und verwirklichen!“, betont der Bürgermeister.

Bürgermeister Fred Jüngerich rät anderen kommunalen Vertretern: „Seien Sie mutig, denken Sie über den Tellerrand hinaus! Gerade in der jetzigen Zeit ist es wichtig, Kulturarbeit vor Ort mit allen uns gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen.“

FOTOS/Adobe Stock, privat

FOTOS/KGSt(2)

KGSt-DENKANSTÖSSE

Mit KGSt®-Kommunect^{digital} gemeinsam in die Zukunft der Verwaltung steuern

Home-Office-Umsetzung, Cloud-Lösung, verbesserter digitaler Service: Warum Kommunen das Rad nicht immer wieder neu erfinden müssen



Städte, Kreise und Gemeinden sind auf der Suche nach guten digitalen Lösungen für ihre Kommune. In der Corona-Pandemie hat sich besonders deutlich gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung kommunaler Leistungen und Prozesse ist. Viele Angebote konnten die Verwaltungen nur dank digitaler Lösungen weiterhin anbieten. Und immer stärker nutzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seitdem digitale Tools für die Kommunikation und die virtuelle Zusammenarbeit. Kommunen stehen dabei oft vor den gleichen Herausforderungen, Knackpunkten und Fragestellungen.

Wie hilfreich wäre es, wenn sich Kommunen mit möglichst vielen anderen Kommunen schnell und einfach in einem geschützten Raum über digitale Projekte, Ideen und Lösungen austauschen könnten? Wenn sie zu dringenden Fragen die richtige Ansprechpartnerin oder den richtigen Ansprechpartner finden würden? Wenn sie für ihre eigenen Projekte hilfreiche Inspirationen und Anregungen jederzeit abrufen und die Anforderungen

des Online-Zugangsgesetzes gemeinsam leichter bewältigen könnten?

Dieses Angebot, das für viele noch wie eine Zukunftsvision klingt, können Sie heute schon nutzen. Auf Wunsch zahlreicher Kommunen hat die KGSt mit kommunalen Praxisexpertinnen und -experten die Plattform KGSt®-Kommunect entwickelt. Sie enthält mittlerweile über 90 Projekte und Ideen. Rund 2.800 „Kommunecter“ haben sich aktuell auf ihr vernetzt. Mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund hat die KGSt dabei starke Kooperationspartner an ihrer Seite, um die Idee der Vernetzungsplattform noch mehr in die Breite zu tragen.

Denn die Plattform lebt vom Mitmachen - von den vielen Digitalisierungsprojekten und

möglichen Ideen, die aktuell in den Kommunen umgesetzt werden. Ein Zeitaufwand von nur wenigen Minuten reicht aus, um ein Projekt oder eine Idee online zu stellen. Und alle Nutzerinnen und Nutzer profitieren unmittelbar davon.

Nur gemeinsam und vernetzt schaffen wir es auch in dieser schwierigen Zeit, die digitale Transparenz voranzubringen. Mit geringem Zeitaufwand zu maximalem Erfolg, das ist das gemeinsame Ziel!

Egal ob zukünftig oder bereits in Aktion - die KGSt freut sich, wenn Sie Ihre Projekte und Ideen auf KGSt®-Kommunect einstellen. Vielleicht entdecken Sie dort auch Ihre nächste digitale Lösung, um schneller ans Ziel zu kommen oder sich einfach nur inspirieren zu lassen. Projekte wie die Smartphone-Bürger-ID, die Einführung eines intelligenten Terminalsystems, die Entwicklung einer E-Government-Strategie oder die Beschaffung eines Projektmanagement-Tools sind nur einige Beispiele, die Sie auf der Plattform finden können.

KGSt®-Kommunect steht allen kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen der KGSt-Mitgliedschaft unter dem Link <https://kommunect.kgst.de> kostenfrei zur Verfügung.

Natascha Küster betreut die Plattform KGSt®-Kommunect im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt



MEHR INFORMATIONEN

✉ Natascha.Kuester@kgst.de
www.kgst.de
kommunect.kgst.de
www.kgst.de/kgst-forum
www.facebook.com/KGSt.de



BAYERN



Elf neue **fahrrad-**freundliche Kommunen

Der Preis „**Fahrradfreundliche Kommunen**“ geht in diesem Jahr neu an elf Städte und Gemeinden in Bayern. Der Preis wird von einer Jury mit Vertretern des Fahrradklubs ADFC, des bayerischen Verkehrsministeriums und der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen“ vergeben. Nürnberg wurde bereits zum zweiten

Mal ausgezeichnet, dort gibt es Zuschüsse für eine öffentliche Radreparatur-Station sowie ein Fahrradparkhaus am Bahnhof. Fürstenfeldbruck bekam den Preis für Leih-Lastenräder der Stadt, Neumarkt in der Oberpfalz für seinen Winterdienst auf Radwegen. Insgesamt gibt es damit im Freistaat nun 83 „fahrradfreundliche“ Kommunen, die ausgezeichnet wurden.

Maskenpflicht im Gemeinderat

Für Gemeinderäte in Bayern gilt keine allgemeine Maskenpflicht. Darauf hat das Innenministerium hingewiesen. Die Gremien sind „als Teil der staatlichen Exekutive“ grundsätzlich von entsprechenden Regelungen zum Infektionsschutz ausgenommen. Im Rahmen

des Haushaltsrechts und der Sitzungsordnung kann der Vorsitzende eines Gremiums die Maskenpflicht aber anordnen – vorausgesetzt, Mindestabstände können nicht eingehalten werden und es gibt keine Trennwände. Sonst könne nur ein Tragen empfohlen werden.



ANZEIGE



BADEN-WÜRTTEMBERG



Roger Kehle wird Ehrenpräsident

Roger Kehle (Foto links) wird erster Ehrenpräsident in der Geschichte des Gemeindetages Baden-Württemberg. Kehle war zuvor 15 Jahre lang Präsident des Gemeindetages.

Seit dem 1. Februar hat das Amt Steffen Jäger inne. Der 42-Jährige wurde bereits im Juli vergangenen Jahres vom Landesvorstand einstimmig an die Spitze des Verbandes gewählt.

Weniger Asylsuchende

Ein Drittel weniger Menschen haben im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg Schutz durch Asyl gesucht, als im Vorjahr. Auch die Corona-Pandemie soll dazu beigetragen haben.

Davon geht das Innenministerium aus. Im vergangenen Jahr haben rund 7.000 Menschen im Südwesten Asyl beantragt – im Rekordjahr 2015 waren es 98.000 Schutzsuchende.

100 Millionen für Breitbandförderung

51 Städte, Gemeinden und Zweckverbände bekommen vom Land Zuschüsse für den Breitbandausbau. Das Land hat 77 weitere Förderbescheide ausgestellt. Mit

dem Geld werden unter anderem 98 Schulen mit schnellem Internet versorgt. Es ist der größte Fördermittelbescheid des Landes zum Thema Breitband, den es bisher gab.

FOTOS/Gemeindetag Baden-Württemberg, Adobe Stock



HESSEN

Preis für wirtschaftliches Handeln

Für besonders wirtschaftliches Verhalten sind drei hessische Kommunen ausgezeichnet worden. Der symbolische „Spar-Euro“ ging an die Stadt Mühlheim am Main, die Gemeinde Wesertal und die Gemeinde Heidenrod. Die Auszeichnung wird vom Bund der Steuerzahler und dem hessischen Städte- und Gemeinde-

bund vergeben. Mühlheim am Main etwa bekam den Preis für die Nutzung eines Gebäudes, in dem sowohl Flüchtlinge als auch Kindergartenplätze unterkamen. Heidenrod erhielt den Spar-Euro für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, Wesertal für den Prozess der Vereinigung von Wahlsburg und Oberweser.

Diskussion um Briefwahl

Schon seit Anfang Februar wird die Diskussion um eine reine Briefwahl im März in Hessen lauter. Am 14. März sind Kommunalwahlen. Die Spitzenkandidatin der SPD hatte bereits alle Bürger aufgerufen, per Brief an der Wahl teilzunehmen und die Wahllokale wegen der Corona-

Pandemie zu meiden. Damit schütze man sich in Corona-Zeiten nicht nur selbst, sondern auch die Wahlhelfer. Die CDU hat derweil ihr Wahlziel ausgegeben – sie will sowohl in den Städten als auch auf dem Land klar stärkste Kraft werden, man peile ein Ergebnis von 30 Prozent an.



BESTENS
ABGESICHERT

PlusPunktRente - die freiwillige Versicherung der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

- ✓ STAATLICH GEFÖRDERT
- ✓ VARIABLER VERSICHERUNGSSCHUTZ
- ✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND



Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an:

www.pluspunktrente.de

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen



BVK Bayerische
Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Vorsorgen mit der
PlusPunktRente
bietet viele
Vorteile



NORDRHEIN-WESTFALEN



Optimistische Bürgermeister

Die Bürgermeister in NRW sehen sich im Kampf mit der Corona-Krise im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut aufgestellt. 57 Prozent sagen, dass der Impfstart in ihrer Stadt oder Gemeinde gut angelaufen ist – deutschlandweit waren es nur 24 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Forsa-Umfrage im Auftrag von KOMMUNAL. Ein Drittel der Verwaltungs-

chefs im Bundesland sagte, sie hätten ausreichend Personal für die Kontrolle der Corona-Auflagen - gegen 23 Prozent im Bundesschnitt. Trotz der wochenlang sehr hohen Infektionszahlen sagten außerdem 29 Prozent der NRW-Rathauspitzen, sie könnten die Infektionsketten weiter ausreichend nachverfolgen – doppelt so viele wie im Bundesschnitt.

Schuldenfrei-Uhr abgeschaltet

Nach 13 Jahren hat die Stadt Düsseldorf ihre Schuldenfrei-Uhr am Rathaus abgebaut. Sie hatte angezeigt, wie viele Jahre, Tage, Stunden und Minuten Düsseldorf schon schuldenfrei ist – theoretisch.

Praktisch, so der neue Oberbürgermeister Stephan Keller hatte die Stadt seit Jahren bereits Kredite aufgenommen. Insgesamt 240 Millionen Euro. Durch Corona wird man sich nun weiter verschulden.



NIEDERSACHSEN

Kommunen erhöhen Abgaben

Wegen der Corona-Krise müssen viele Kommunen ihre Gebühren und Abgaben erhöhen. Das ist das Ergebnis einer Studie. Vor allem die Kosten für die Müllabfuhr, die Straßenreinigung, die Wasserversorgung und die Parkgebühren werden demnach teurer. Laut der Studie von EY erwarten 46 Prozent der

Kommunen für das abgelaufene Jahr ein Haushaltsdefizit. Nur elf Prozent der Städte und Gemeinden in Niedersachsen gehen von einem Überschuss aus. Die Studie ist aber nur bedingt repräsentativ, denn EY hatte nur 46 der 92 Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern befragt, kleinere Gemeinden blieben unberücksichtigt.

Einnahmen durch Verkehrssünder

Die Landeshauptstadt Hannover hat von Autofahrern im vergangenen Jahr mehr als vier Millionen Euro Bußgeld bekommen - für zu schnelles Fahren oder Fahrten über rote Ampeln. Insgesamt registrierten Stadt und Polizei fast 89.000 Verstöße. Trotz Corona waren

das in Hannover ungefähr so viele wie in den Vorjahren. In Wolfsburg stieg die Zahl der Verstöße laut Zahlen des NDR sogar an. Die Stadt bekam dort knapp zweieinhalb Millionen Euro Bußgeld. In Braunschweig wurden 2020 etwas weniger Verstöße als sonst festgestellt.



RHEINLAND-PFALZ



Weniger Obdachlose

Die Zahl der Berber in Rheinland-Pfalz sinkt. Nach Angaben des Landes waren im Herbst rund 6.000 Menschen in Rheinland-Pfalz ohne eigene Wohnung. Zwei Jahre zuvor lag die Zahl noch bei fast 8.000. Gemessen an der Einwohnerzahl ergibt sich damit eine Quote von

15 Wohnungslosen je 10.000 Einwohner. Den Daten zufolge leben die meisten Menschen ohne festen Wohnsitz in den kreisfreien Städten. 60 Wohnungslose je 10.000 Einwohner gibt es demnach in Speyer, gefolgt von den Städten Kaiserslautern und Mainz.

Studie zum Kommunalwahlrecht

Die Landeszentrale für politische Bildung hat eine Studie vorgelegt, die ein kommunales Wahlrecht für alle im Land lebenden Ausländer empfiehlt. Demnach beteiligen sich Menschen mit ausländischer Herkunft kaum an der demokratischen Mitwirkung vor Ort. Das könne sich

ändern, belegen zwei Sozialwissenschaftler aus Mainz in dem Gutachten. Rund 350.000 Menschen in Rheinland-Pfalz leben demnach dauerhaft im Land, haben aber keinen deutschen Pass und somit kein Wahlrecht. Die meisten von ihnen stammen aus der Türkei, gefolgt von Polen, Syrien und Italien.

FOTOS/Adobe Stock



SACHSEN

Straßenbau-Projekte auf der Kippe

Die CDU in Sachsen will kommunale Straßenbauprojekte stoppen. Hintergrund sind leere Kassen. Das hat die Landtagsfraktion vorgeschlagen. Demnach soll es im neuen Landeshaushalt einen „Neuanfang bei der Förderung des kommunalen Straßenbaus im Freistaat“ geben. Aktuell liegen aus dem Vorjahr noch rund 180 Millionen Euro Förderan-

träge im Wirtschaftsministerium. Im Entwurf des Doppelhaushalts für 2021/22 sollen nur noch 140 Millionen Euro eingestellt werden. Damit eingehend sollen Änderungen der Förderrichtlinien. Bisher zahlt der Freistaat im Schnitt 80 Prozent der Bausumme für eine Dorf- oder Kreisstraße, künftig sollen es nur noch 60-70 Prozent sein.

Land erstattet Kitabeiträge

Das Land will den Kommunen die Kosten für die Kitabeiträge in der Corona-Pandemie erstatten. "Eltern, die ihre Kinder wegen des aktuellen Notbetriebs nicht in den Kitas und Horten betreuen lassen, bekommen für Januar 2021 die Elternbeiträge erstattet. Für die Ausfälle

wird das Land aufkommen", kündigt Sozialministerin Petra Grimm-Benne an. Wie bereits im Mai 2020 unterstützt das Land mit der Regelung Eltern ohne Notbetreuungsanspruch, die ihre Kinder aufgrund von Kita- und Hortschließungen zu Hause betreuen müssen.



GURKENWASSER STATT STREUSALZ

Gurkenwasser gehört nicht in den Abfluss, sondern vor Ihre Haustür auf den Bürgersteig oder die Straße. Ein Pilotprojekt in Bayern war erfolgreich. In Dingolfing hatte die Stadt Gurkenwasser vom ortsansässigen Hersteller Develey als Streusalz genutzt. Das Ergebnis: „Es ist kein Unterschied zur eigens produzierten Sole zu erkennen und im Winterdienst können dieselben Erfolge erzielt werden“, so Andreas Maier von der örtlichen Straßenmeisterei. Nebenbei konnte der Gurkenhersteller ein Problem lösen – die Klärung der Substanz, die bei der Gurkenproduktion entsteht, war recht aufwändig und teuer. Im vergangenen Jahr fiel die Anlage aus, was die Firma zu dem Angebot an die Stadt veranlasste. Nun prüft auch das Land Brandenburg nach eigenen Angaben ein Pilotprojekt mit den örtlichen Herstellern von Spreewaldgurken. In Bayern geht der Testbetrieb in den Regelbetrieb. 📍



FOTO/Adobe Stock

Ein Zollstock kann die Qualität eines Betriebes nicht messen!*

* Mitte 2021 wird der Markt für Online-Glücksspiel bundesweit geöffnet. Zeitgleich drohen in einigen Bundesländern Schließungswellen für staatlich konzessionierte Spielhallen. Verantwortlich dafür sind antiquierte Mindestabstände in den Landesgesetzen. Diese Zwangsschließungen werden auch ein Loch in die kommunalen Haushalte reißen!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie wird auch in der kommenden Ausgabe sicher wieder im Fokus stehen. Meine Kollegin schaut sich in diesen Tagen in den Schulen und Kitas um - wie kann Bildung in Zeiten der Pandemie aussehen? Außerdem arbeiten wir an einer Reportage zur Zukunft der Büchereien - die Stadtbibliothek ist heute idealerweise Treffpunkt und Bildungsort einer Kommune. Doch was braucht sie dazu? Wir zeigen zukunftsweisende Beispiele. Und wir arbeiten an den ultimativen Tipps zum Thema Stadtentwicklung. Wie können wir den Ausverkauf der Innenstadtfächen verhindern und Bauland zu bezahlbaren Preisen aktivieren? Nur drei der Themen in der kommenden Ausgabe der KOMMUNAL: Bis dahin empfehle ich Ihnen unsere täglich aktualisierte Webseite www.kommunal.de und natürlich unseren wöchentlichen Newsletter KOMMUNE.HEUTE - damit Sie immer auf dem aktuellen Stand sind. Ihnen danke ich an dieser Stelle für Ihr Vertrauen und Ihre zahlreichen Themenanregungen und Reaktionen! Feedback ist immer willkommen! Schreiben Sie mir gerne auch eine Mail, was Ihnen auf den Nägeln brennt: Christian.Erhardt@kommunal.de

Herzlichen Dank,
Ihr Christian Erhardt



Beantragen Sie schnell
und einfach Ihre
NRW.BANK.Förderung.
Alle Infos und FAQ:
www.nrwbank.de/corona

 @nrwbank
#TeamNRW

„Wir lernen jetzt für die digitale
Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Ermöglicht durch: die NRW.BANK – Förderbank für Nordrhein-Westfalen.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK

Wir fördern Ideen